

Inhalt

Kontakte und die Wahrnehmung von Bedrohungen besonders wichtig für die Einschätzung von Migranten	1
Auch mittelfristig eine Alternative? Eine vergleichende Analyse der Wählergruppen der AfD, der Republikaner und der Grünen während ihrer Etablierungsphasen	8
Schaffen wir das? Zwischen Akzeptanz und Ablehnung von Immigration in Deutschland und Europa	12
12th Conference „Social Monitoring and Reporting in Europe“ Call for Papers	17

Kontakte und die Wahrnehmung von Bedrohungen besonders wichtig für die Einschätzung von Migranten

Einstellungen der deutschen Bevölkerung zu Zuwanderern von 1980 bis 2016

Durch die sich immer dramatischer entwickelnde Lage der Zivilbevölkerung in Ländern mit Bürgerkriegen, insbesondere Syrien aber auch Afghanistan, dem Irak, Somalia, dem Südsudan und Eritrea und der zunehmend schwierigen ökonomischen und politischen Lage in einigen Ländern Afrikas, nahm die Zahl der Flüchtlinge und Asylbewerber, die nach Europa wollten, in den letzten Jahren stark zu. In der Europäischen Union (EU) und Deutschland wurde dabei kaum zur Kenntnis genommen, dass mehrere Millionen Flüchtlinge vor allem in der Türkei, aber auch in Pakistan, im Libanon, dem Iran, Äthiopien und Jordanien Zuflucht fanden (United Nations High Commissioner for Refugees, 2016). Innerhalb der EU konnte allerdings keine Einigung bezüglich der Aufteilung der Flüchtlinge und Asylbewerber auf die verschiedenen EU-Länder erreicht werden. Als Konsequenz hielten sich eine große Zahl der Flüchtlinge in unhaltbaren Zuständen in den EU-Ländern Griechenland und Italien auf. Diese beiden Länder fühlten sich von den anderen EU-Ländern im Stich gelassen. Um diese Situation kurzfristig zu lösen, entschloss sich die Bundesregierung 2015 die deutschen Grenzen zu öffnen. Als Konsequenz kam es 2015 und 2016 zu einer Welle der Zuwanderung von Flüchtlingen, was sich in der Statistik in einer enormen Steigerung der Zahl der Asylanträge zeigte (2016: 745 545; Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, 2017). Ein großer Teil der Bevölkerung reagierte zunächst sehr positiv auf den Zustrom, was durch den Begriff der Willkommenskultur charakterisiert wurde. Aber insbesondere die AfD von Anfang an und später auch die CSU, warnten vor der Aufnahme so vieler Flüchtlinge und sprachen die mögliche Gefährdung der Sicherheit und Bedrohung des westlichen Lebensstils besonders durch Flüchtlinge muslimischen Glaubens an. Als Wendepunkt in der Stimmung der Bevölkerung können die Neujahrseignisse in Köln und weniger die einzelnen terroristischen Aktionen von als Flüchtlinge getarnten Anhänger des Islamischen Staates (IS) gelten. Unser Aufsatz soll dazu beitragen, auf der Basis aktueller empirischer Ergebnisse von Umfragen aus dem Jahr 2016, Daten zur Einstellung und Kontakten der deutschen Bevölkerung zur Zuwanderung und zu Migranten zu präsentieren. Ergänzend werden zu Vergleichszwecken Daten aus früheren Befragungen mit einbezogen. Damit soll eine empirisch fundierte Analyse der Situation und ihrer zeitlichen Entwicklung gegeben werden.

Vor dem Hintergrund amtlicher Daten zur Bevölkerung mit Migrationshintergrund werden Ergebnisse zu Erfahrungen, Einstellungen und Kontakten der deutschen Bevölkerung zu verschiedenen Migrantengruppen sowie zur Zuwanderung präsentiert. Zurückgegriffen wird dabei auf zum Analysezeitpunkt möglichst aktuelle Umfragedaten, die nach der Flüchtlingswelle von 2015 erhoben wurden. In einem ersten deskriptiven Teil werden Daten der Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS) von 2016¹, ergänzt durch frühere Befragungsjahre ab 1980, verwendet. Ein weiterer Teil der Studie nutzt ein Fragemodul der GESIS-Panel-Befragung vom Mai/Juni 2016², um stärker theoriegeleitet die Bewertung von Ausländern durch die deutsche Erwachsenenbevölkerung zu untersuchen und mögliche Erklärungsfaktoren zu identifizieren. Neben sozio-ökonomischen Faktoren wird dabei für die empirische Überprüfung insbesondere auf die Konzepte des Intergruppenkontaktes, aber auch der gruppenbezogenen relativen Deprivation, der Wahrnehmung von Bedrohungen sowie des Autoritarismus zurückgegriffen.

Der erste, deskriptive Teil der Untersuchung behandelt folgende Fragestellungen:

- Welche Einstellungen sind hinsichtlich einer Begrenzung des Zuzugs für verschiedene Migrantengruppen zu identifizieren?
- Als wie wichtig werden von der deutschen Bevölkerung verschiedene Kriterien als Voraussetzung für eine Einbürgerung erachtet.
- Welche Entwicklung ist im Verlauf von 36 Jahren, von 1980 bis 2016, hinsichtlich persönlicher Kontakte mit Ausländern zu erkennen?

In der frühen Bundesrepublik wurde eine erste Zuwanderungswelle durch die Anwerbeabkommen für Gastarbeiter mit Ländern im südeuropäischen Raum ausgelöst. Nach dem Anwerbestopp 1973 zogen in größerem Umfang Familienangehörige nach, und eine steigende Zahl von Kindern ausländischer Eltern wurde in Deutschland geboren. Eine zweite große Gruppe von Zuwanderern stellen Aussiedler mit deutschen Wurzeln dar, die eine rechtliche Sonderstellung einnehmen und aufgrund ihrer deutschen Volkszugehörigkeit die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten. Aussiedler sind seit dem Bestehen der Bundesrepublik nach Deutschland zugewandert, der Schwerpunkt lag in den Jahren nach dem Fall des Eisernen Vorhangs nach 1989. Kriegsflüchtlinge und Asylsuchende aus den Staaten des früheren Jugoslawiens trugen in den 1990er

Jahren zum Anstieg des Ausländeranteils in Deutschland bei (Schmidt und Weick, 1998). Der hohe Zustrom von Flüchtlingen 2015 fand seinen Niederschlag in der bis dahin höchsten Zahl von Asylanträgen in Deutschland von 476 649 Personen im gleichen Jahr, vor allem aber im Folgejahr mit 745 545 Personen (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, 2017). Die wichtigsten Herkunftsländer Syrien, Irak und Afghanistan waren besonders stark von Krieg und Unsicherheit betroffen.

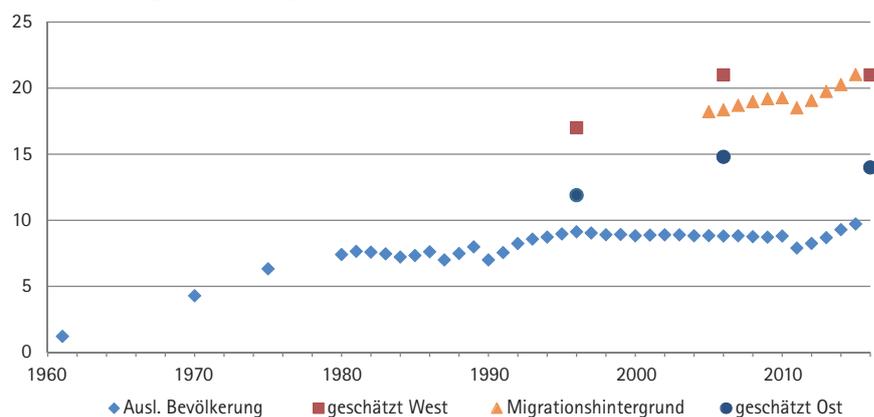
Weniger Vorbehalte gegen Zuwanderung als in den 1990er Jahren

Während in Westdeutschland 1960 der Ausländeranteil nur knapp über einem Prozent lag, erreichte er 1989 fast acht Prozent. Für Gesamtdeutschland ist von 1990 bis 2002 ein Anstieg um fast 2 Prozentpunkte festzustellen (Grafik 1). Von 2011 bis 2015 zeigen die auf Basis des Zensus 2011 fortgeschriebenen Zahlen in kürzerer Zeit einen etwa gleich großen Anstieg. Anhand der Staatsangehörigkeit lassen sich die zugewanderte Bevölkerung und deren Kinder nicht mehr zureichend erfassen, da Einbürgerungen auf dieser Basis nicht in die Betrachtung eingehen. Durch eine Gesetzesänderung im Jahr 2000 erhalten Kinder ausländischer Eltern zunehmend auch die deutsche Staatsangehörigkeit und auch erwachsene Ausländer können nach längerem Aufenthalt leichter eingebürgert werden. Seit 2005 kann anhand der Mikrozensusdaten auch der Bevölkerungsanteil mit Migrationshintergrund³ ermittelt werden und damit auch Migrationserfahrung und Staatsangehörigkeit bei den Eltern berücksichtigt werden. Dieser liegt 2015 mit 21 % etwa doppelt so

hoch wie der Ausländeranteil. Auch beim Bevölkerungsanteil mit Migrationshintergrund ist bei einheitlicher Berechnungsweise seit 2011 ein deutlicher Anstieg zu erkennen. Fragt man die deutsche Bevölkerung, wie hoch sie den Ausländeranteil schätzt, so zeigt sich, dass die Kenntnisse eher ungenau sind und eine Überschätzung zu beobachten ist. Befragte schätzen den Ausländeranteil für Westdeutschland im Jahr 2016 auf 21% und für Ostdeutschland auf 14%, also jeweils etwa 10 Prozentpunkte höher als die amtlich gemessenen Werte (2015: Westdeutschland 11,8%; Ostdeutschland 3,8%)⁴. Allerdings haben die Ereignisse der Flüchtlingskrise mit der verstärkten Zuwanderung nach Deutschland und der einhergehenden Medienberichterstattung nicht dazu geführt, dass der Ausländeranteil stärker überzeichnet wird als noch 2012.

In der Bevölkerung lassen sich erhebliche Vorbehalte gegen den weiteren Zuzug erkennen, die sich deutlich hinsichtlich verschiedener Migrantengruppen unterscheiden. Befragte konnten angeben, ob der Zuzug für die jeweilige Gruppe uneingeschränkt möglich sein sollte, ob er begrenzt werden sollte oder ob er völlig unterbunden werden sollte. Die stärksten Vorbehalte gibt es gegenüber der Kategorie von *Flüchtlingen, die wegen wirtschaftlicher Not in ihren Heimatländern nach Deutschland kommen* (Wirtschaftsmigranten): 33% der Westdeutschen und sogar mehr als 40% der Ostdeutschen äußern die Einstellung, dass der Zuzug von Wirtschaftsmigranten völlig unterbunden werden soll. Weitere 59% (Ostdeutschland 51%) wollen zumindest eine Begrenzung des Zuzugs. Starke Vorbehalte zeigen sich auch für Nicht-EU-Arbeitnehmer und EU-Arbeitnehmer aus Osteuropa, wenn auch die völlige Unterbindung des Zuzugs deutlich

Grafik 1 Ausländeranteil, geschätzter Ausländeranteil und Bevölkerung mit Migrationshintergrund in Deutschland (in %)

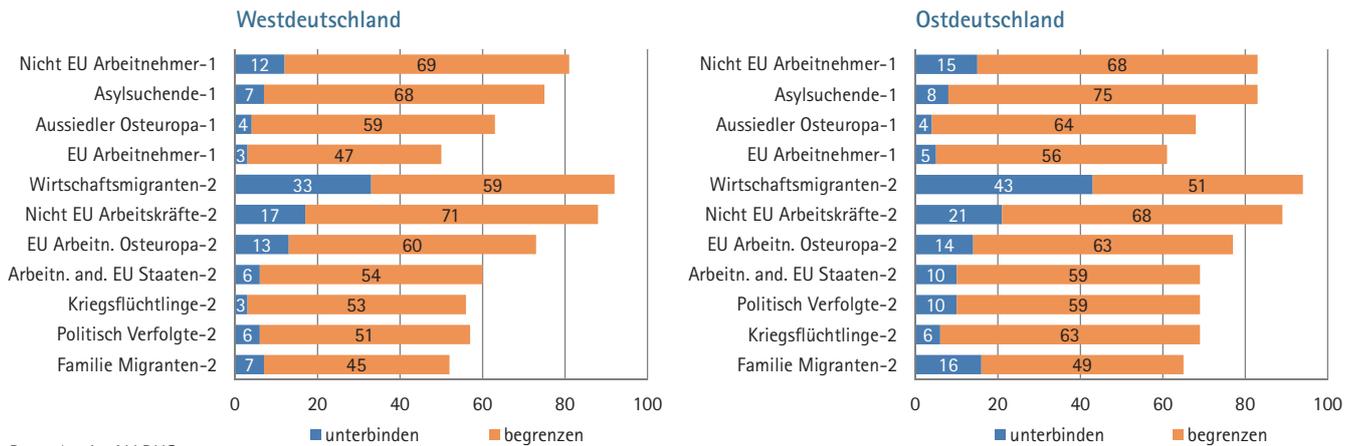


Bevölkerungsanteil mit Migrationshintergrund im engeren Sinn

Quelle: Statistisches Bundesamt 2016a; 2016c

Datenbasis: ALLBUS 2016 (geschätzter Ausländeranteil, arithmetisches Mittel)

Grafik 2 Einstellung der deutschen Bevölkerung zum Zuzug verschiedener Migrantengruppen (in %)



Datenbasis: ALLBUS 2016

Tabelle 1 Einstellung „Zuzug völlig unterbinden“ 1996, 2006 und 2016 (%)

	1996		2006		2016	
	Ost	West	Ost	West	Ost	West
Aussiedler Osteuropa	18	11	11	11	4	4
Asylsuchende	21	22	16	14	8	7
EU-Arbeitnehmer	38	12	19	9	5	3
Nicht-EU-Arbeitnehmer	49	31	34	24	15	12

Datenbasis: ALLBUS 1980 bis 2012 (kumuliert), 2016

seltener genannt wird. Nur eine Minderheit von 7% (Ostdeutschland 8%) möchte die Zuwanderung von Asylsuchenden und auch politisch Verfolgten unterbinden sehen, die Einstellung, dass eine Begrenzung erfolgen sollte, ist allerdings weit verbreitet. Gegenüber EU-Arbeitnehmern fallen die Vorbehalte gegen eine Zuwanderung jedoch am geringsten aus. Einstellungen zur Begrenzung der Zuwanderung entsprechen oft nicht der Rechtslage, die z.B. für EU-Bürger einen freien Zuzug gestattet oder auch politisch Verfolgten einen Aufenthalt ermöglicht. Trotz vieler Vorbehalte gegen Zuwanderung sind die geäußerten Einstellungen zur Begrenzung der Zuwanderung allerdings weit weniger restriktiv als noch Mitte der 1990er Jahre. So äußerten 1996 noch gut 20% der West- und Ostdeutschen die Meinung, man sollte den Zuzug von Asylsuchenden ganz unterbinden (Tabelle 1). Sehr deutlich werden die Einstellungsänderungen bei Ostdeutschen gegenüber EU-Arbeitnehmern: Sprachen sich 1996 noch 38% dafür aus, die Zuwanderung völlig zu unterbinden, waren es 2016 nur noch 5%.⁵

Bekanntnis zur deutschen Grundordnung als besonders wichtig für Einbürgerung erachtet

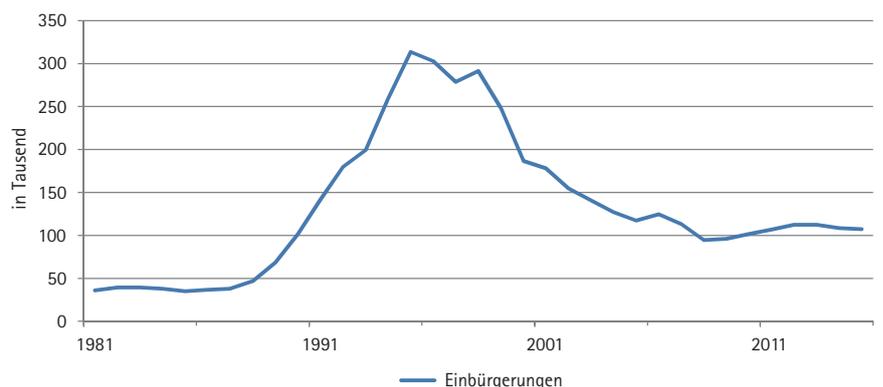
Die Übernahme der deutschen Staatsbürgerschaft berührt sehr unmittelbar die Lebenschancen und soziale Sicherheit von

Migranten und mit aktivem und passivem Wahlrecht auch die Möglichkeit zur Beteiligung an der Gestaltung der Gesellschaft. Quantitativ zeigt sich folgender Trend: Nach dem starken Anstieg der Zahl der Einbürgerungen zu Beginn der 1990er Jahre, die im Wesentlichen auf den Anspruch von deutschstämmigen Aussiedlern zurückzuführen sind, sanken die Werte zwar wieder ab, haben sich aber auf deutlich höherem Niveau als vor dem Anstieg wieder eingependelt. Hier spiegeln sich nicht zuletzt die gesetzlichen Erleichterungen bei der Vergabe der deutschen Staatsbürgerschaft wider.

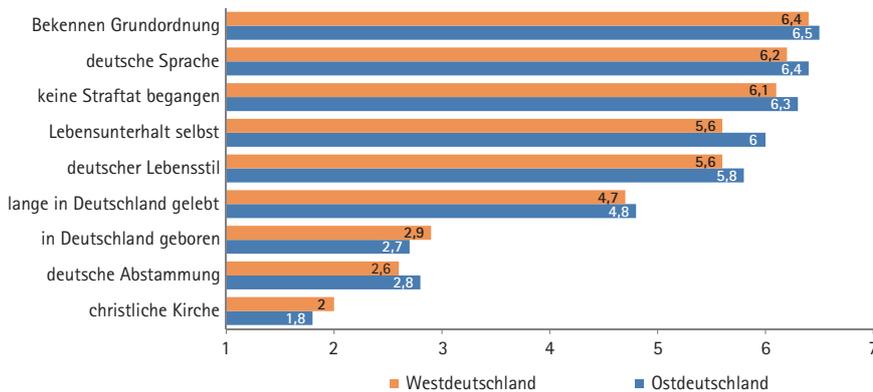
Was erachten nun die Bürger als wichtig für die Vergabe der deutschen Staatsbürger-

schaft? Dazu konnten Befragte verschiedene Statements auf einer Skala von 1 „überhaupt nicht wichtig“ bis 7 „sehr wichtig“ bewerten. Die Befragten wurden zwei Gruppen zufällig zugeordnet, die unterschiedliche Varianten der Fragenbatterie erhielten, die beide jeweils nach Größe sortiert dargestellt sind (Grafik 4). In der sozialwissenschaftlichen Forschung werden die Kriterien meist unter den Begriffen ethnische (ethnic) versus zivilgesellschaftliche (civic) Konzepte der Staatsbürgerschaft gefasst (vgl. Smith, 1991). Dabei werden die Kriterien Abstammung und Geburt sowie Religion zur ethnischen Konzeption zugeordnet, während Sprache, Beschäftigung, Anerkennung der Gesetze, Anpassung des Lebensstils und kein kriminelles Verhalten zu den zivilgesellschaftlichen Kriterien gehören. Die Einschätzung dieser Kriterien wirkt nach verschiedenen empirischen Ergebnissen signifikant auf die Einstellung zu Flüchtlingen, Asylbewerbern und als Ausländer wahrgenommene Personen (vergl. z.B. Hochman, Rajzman und Schmidt, 2016). Gemessen am arithmetischen Mittel, stehen im Urteil der Bevölkerung das Bekenntnis zur deutschen Grundordnung und die Kenntnis der deut-

Grafik 3 Einbürgerungen in Deutschland



Quelle: Statistisches Bundesamt 2016b, Fachserie 1, Reihe 2.1

Grafik 4 Wichtigkeit verschiedener Kriterien der Einbürgerung in der deutschen Bevölkerung

Datenbasis: ALLBUS 2016

Tabelle 2 Wichtigkeit verschiedener Kriterien der Einbürgerung in der deutschen Bevölkerung 1996, 2006 und 2016 (arithm. Mittel)

	1996		2006		2016	
	Ost	West	Ost	West	Ost	West
In Deutschland geboren	5.0	4.6	3.6	3.4	2.9	2.7
Deutsche Abstammung	4.7	4.4	3.5	3.3	2.9	2.6
Deutsche Sprache	4.5	5.4	6.1	6.3	6.3	6.2
Lange in D. gelebt	5.2	5.4	5.1	5.0	4.8	4.7
Deutscher Lebensstil	4.8	5.0	5.8	5.5	5.9	5.6
Christliche Kirche	1.8	2.2	2.0	2.4	1.8	2.0
Keine Vorstrafen	6.3	6.0	6.4	6.3	6.3	6.1
Eigener Lebensunterhalt	5.8	5.7	6.0	5.9	6.0	5.6
Bekennen zur Grundordnung			6.3	6.3	6.5	6.4

Datenbasis: ALLBUS 1980 bis 2012 (kumuliert), 2016

schon Sprache ganz oben, gefolgt davon, dass keine Straftat begangen wurde. Die entsprechenden Durchschnitte liegen jeweils höher als 6,0. Als weit weniger wichtig wird erachtet, dass Personen in Deutschland geboren wurden oder eine deutsche Abstammung haben, mit durchschnittlichen Wichtigkeitseinstufungen zwischen 2,6 und 2,9. Diesbezüglich ist eine deutliche Veränderung der Einstellung zu beobachten: Im Jahr 1996 lagen die entsprechenden Wichtigkeitseinstufungen zwischen 4,4 und 5,0 und damit noch deutlich höher als 2016 (Tabelle 2). Abstammung und Geburt in Deutschland haben in der Einschätzung der Bevölkerung erheblich an Bedeutung für die Vergabe der deutschen Staatsbürgerschaft verloren. Der Zugehörigkeit zu einer christlichen Kirche wird die geringste Bedeutung zugemessen. Als wichtiger wird in der Bevölkerung angesehen, dass der Lebensunterhalt selbst erbracht wird und der Lebensstil an den der deutschen Bevölkerung angepasst wird.

Die deutsche Bevölkerung hält nicht die Abstammung, sondern insbesondere die Achtung der Grundwerte und die Anpassung des Lebensstils als relevant für eine Einbürgerung von Migranten. Solche Anpassungen können kaum in segregierten Lebensformen von isolierten Gruppen geleistet werden. Kontakte zwischen Bevölkerungsteilen mit und ohne Migrationshintergrund gelten in der sozialwissenschaftlichen Forschung (Pettigrew und Tropp, 2006) als wichtige Voraussetzung für die Integration von Migranten und helfen vielfach, Vorurteile auf beiden Seiten abzubauen. Der Ausländeranteil bzw. der Bevölkerungsanteil mit Migrationshintergrund ist in den letzten Jahrzehnten erheblich angestiegen. Dies hat die Gelegenheiten zu Kontakten nachhaltig verändert. Die ALLBUS-Daten erlauben es, die Erfahrung von Kontakten mit Ausländern in der deutschen Bevölkerung von 1980 bis 2016 zu verfolgen (Grafik 5).

Erhebliche Zunahme von Kontakten mit Ausländern

In den vier vorgegebenen Lebensbereichen, Familie, Arbeit, in der Nachbarschaft und im Freundes- und Bekanntenkreis sind die

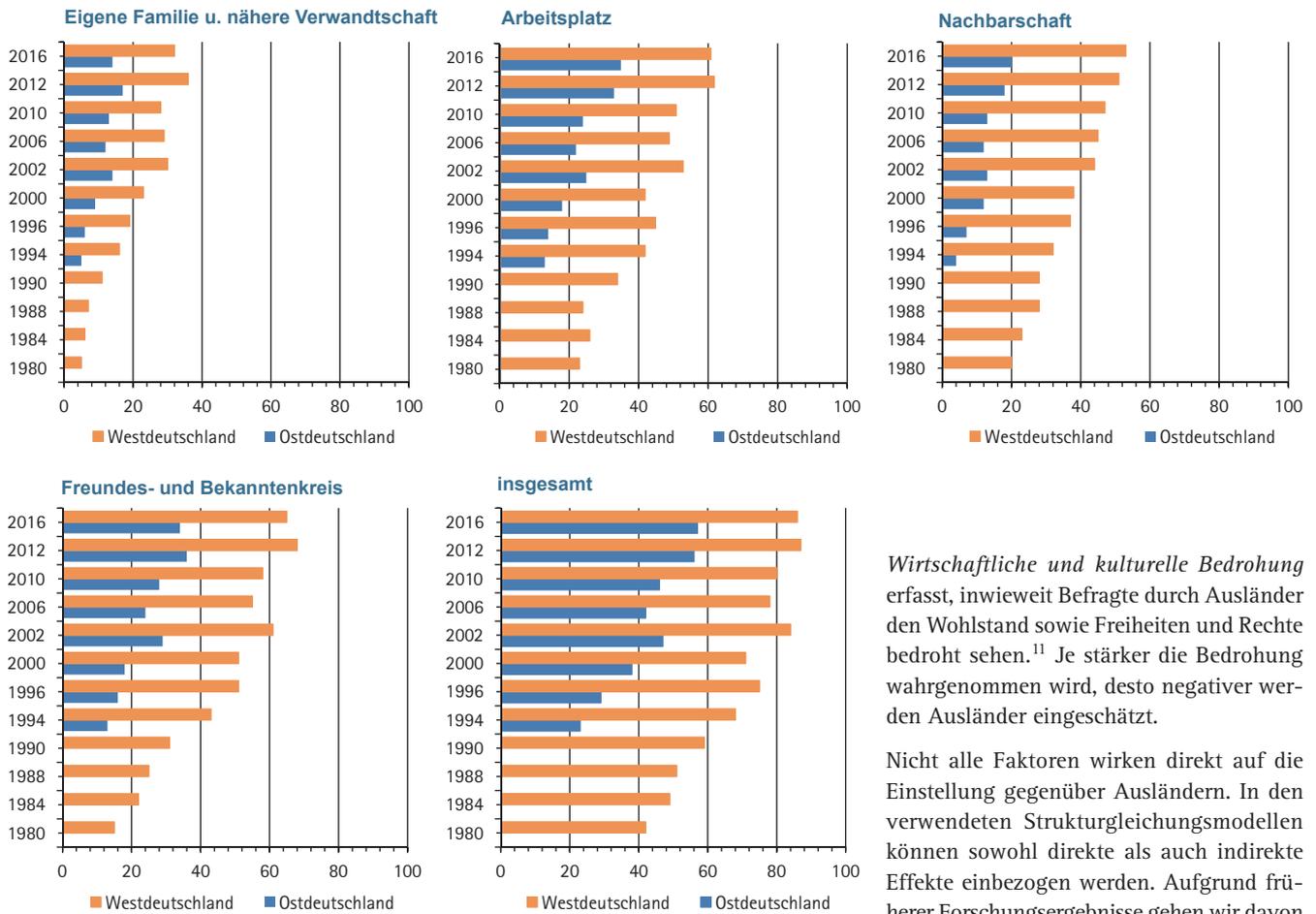
Häufigkeiten von persönlichen Kontakten im Zeitverlauf erheblich angestiegen. Das Niveau in Westdeutschland liegt dabei jeweils deutlich über dem ostdeutschen. Bei einer übergreifenden Betrachtung, die alle vier Lebensbereiche zusammen betrachtet (insgesamt), berichten zum Ende der Beobachtungsperiode 2016 weit über 80% der Westdeutschen und mehr als 60% der Ostdeutschen über Kontakte mit Ausländern. 1994 hatten nur gut zwei Drittel der Befragten in den alten und knapp ein Viertel in den neuen Bundesländern in mindestens einem der Lebensbereiche Kontakt zu Ausländern. Die erfassten Lebensbereiche unterscheiden sich dabei durchaus. Besonders oft werden Kontakte am Arbeitsplatz und im Freundes- und Bekanntenkreis genannt: Jeweils mehr als 60% der Westdeutschen und mehr als ein Drittel der Ostdeutschen machen im Jahr 2016 entsprechende Angaben. Seit Mitte der 1990er Jahre gibt es auch einen beachtlichen Anstieg bei Kontakten in der eigenen Familie oder der näheren Verwandtschaft. Berichteten 1994 in Westdeutschland noch 16% der Befragten von Kontakten in der Familie waren es 2012 immerhin 36%. In Ostdeutschland ist für diesen Indikator ein Anstieg im gleichen Zeitraum von 5% auf 17% zu beobachten. Für 2016 sind bei familiären Kontakten leicht sinkende Werte zu beobachten. Dennoch haben persönliche Kontakte mit Ausländern längerfristig betrachtet in der deutschen Bevölkerung eine gestiegene Bedeutung und sind in Westdeutschland überwiegend nicht auf einen Lebensbereich begrenzt.⁶

Bedrohungswahrnehmung besonders wichtig für eine positive oder negative Einschätzung von Ausländern

Im Zusammenhang mit der jüngsten Flüchtlingswelle traten in der Öffentlichkeit äußerst unterschiedliche Einstellungen gegenüber Zuwanderern zutage: Auf der einen Seite eine völlige Ablehnung, ja sogar offene Anfeindung und auf der anderen Seite ein hohes Maß an Verständnis und Unterstützungsbereitschaft. Welche Faktoren beeinflussen eine positive oder negative Bewertung von Migranten durch die deutsche Bevölkerung? Ein Fragemodul im GESIS-Panel (Mai/Juni 2016) ermöglicht es, dies für verschiedene Migrantengruppen zu untersuchen. Von den möglichen Gruppen (Muslime, Ausländer, Sinti/Roma und Flüchtlinge) wurden für diesen Beitrag Ausländer für nähere Analysen ausgewählt.

Es werden Ergebnisse eines multivariaten Modells zum Zusammenhang von demo-

Grafik 5 Persönlicher Kontakt zu in Deutschland lebenden Ausländern in verschiedenen Lebensbereichen



Datenbasis: ALLBUS 1980 bis 2012, 2016

grafischen Merkmalen sowie den sozialpsychologischen Konzepten Autoritarismus, Sozialer Dominanzorientierung, gruppenbezogener relativer Deprivation, positiven und negativen Erfahrungen mit Kontakten, wahrgenommener wirtschaftlicher und kultureller Bedrohung mit der Einstellung gegenüber Ausländern vorgestellt. Zunächst werden sozialpsychologische Konstrukte, die auf Basis der Befragung zur Erklärung verwendet werden, in Kürze vorgestellt.

Autoritarismus erfasst, inwieweit Befragte autoritäre Persönlichkeitseigenschaften bzw. Einstellungen haben, die anhand von Items zu Außenseitern, bewährten Verhaltensweisen und autoritären Führungspersonen gemessen werden.⁷ Mit steigendem Autoritarismus ist eine zunehmend negative Einschätzung gegenüber Ausländern zu erwarten (direkte und indirekte Effekte).

Soziale Dominanzorientierung erfasst, inwieweit Befragte Einstellungen bezüglich einer Hierarchie zwischen sozialen Gruppen verinnerlicht haben, die anhand der Zustimmung zu Merkmalen der Chancenverteilung, Überlegenheit, Gleichbehandlung und

Einfluss gemessen werden.⁸ Je höher die soziale Dominanzorientierung gegenüber Ausländern ist, desto negativer sollte die allgemeine Einschätzung von Ausländern ausfallen (direkte und indirekte Effekte).

Gruppenbezogene relative Deprivation erfasst, inwieweit Befragte die wirtschaftliche Lage von Deutschen schlechter als diejenige von Ausländern einstufen.⁹ Je schlechter die relative wirtschaftliche Situation von Deutschen im Vergleich zu Ausländern eingeschätzt wird, desto negativer ist die Einschätzung von Ausländern (direkte und indirekte Effekte).

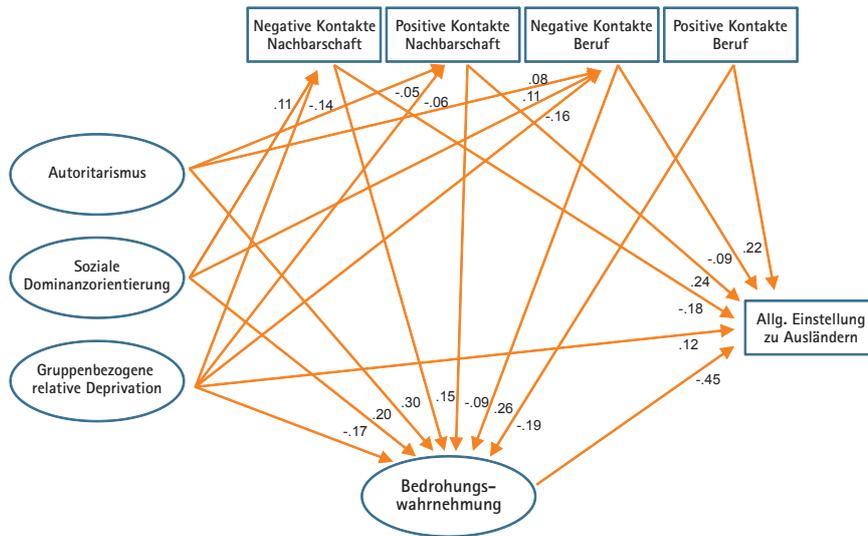
Positive und negative Kontakte erfassen, wie häufig Befragte jeweils positive oder negative Erfahrungen bei Kontakten in der Nachbarschaft und im Beruf zu Ausländern haben.¹⁰ Je mehr positive Kontakte im jeweiligen Bereich zu verzeichnen sind, desto positiver werden Ausländer eingeschätzt, und je mehr negative Kontakte jeweils zu verzeichnen sind, desto negativer werden Ausländer bewertet (direkte und indirekte Effekte).

Wirtschaftliche und kulturelle Bedrohung erfasst, inwieweit Befragte durch Ausländer den Wohlstand sowie Freiheiten und Rechte bedroht sehen.¹¹ Je stärker die Bedrohung wahrgenommen wird, desto negativer werden Ausländer eingeschätzt.

Nicht alle Faktoren wirken direkt auf die Einstellung gegenüber Ausländern. In den verwendeten Strukturgleichungsmodellen können sowohl direkte als auch indirekte Effekte einbezogen werden. Aufgrund früherer Forschungsergebnisse gehen wir davon aus, dass die sozio-demografischen Merkmale wie Geschlecht und Bildung nicht direkt auf die Einstellung zu Ausländern wirken, sondern nur vermittelt über Autoritarismus (vgl. Schmidt und Heyder, 2000), gruppenbezogene relative Deprivation (vgl. Smith et al., 2011), Bedrohungswahrnehmung (Semyonov et al., 2006) und Kontakt (Pettigrew und Tropp, 2006). Wir gehen daneben auch von Merkmalen aus, die sowohl direkte als auch indirekte Effekte aufweisen. Es ist zu erwarten, dass Autoritarismus (vgl. Schmidt und Heyder, 2000), Soziale Dominanz (vgl. Zick et al., 2008) und gruppenbezogene relative Deprivation (vgl. die Metaanalyse von Smith et al., 2011) einerseits vermittelt über Bedrohungswahrnehmung und Kontakte, aber auch direkt auf die Einstellung zu Ausländern wirken. Weiterhin erwarten wir, dass sowohl die Bedrohungswahrnehmung als auch Kontakte verglichen mit allen anderen Einflussgrößen am stärksten auf die Einstellung zu Ausländern wirken. Die Ergebnisse für die direkten Effekte der erklärenden Variablen finden sich in Grafik 6.

Die hier berichteten Effekte sind unter Konstanthaltung aller anderen unabhängigen Variablen geschätzt und repräsentieren damit den partiellen oder isolierten Effekt jeweils einer erklärenden Variable.

Grafik 6 Pfadmodell zur Erklärung negativer/positiver Einstellungen gegenüber Ausländern¹



1) Allgemeine Einstellung gegenüber Ausländern: Wie würden Sie allgemein Ihre Gefühle gegenüber in Deutschland lebenden Ausländern beschreiben? Antwortskala von 1 „sehr negativ“ bis 5 „sehr positiv“.

Datenbasis: GESIS-Panel Welle db (Mai/Juni 2016)

Tabelle 3 Standardisierte Regressionsgewichte sozio-ökonomischer Merkmale

Autoritarismus	← Ostdeutschland	,104***
Autoritarismus	← Realschule	-,096***
Autoritarismus	← Abi, FH	-,283***
Autoritarismus	← Alter	,079***
Soziale Dominanz	← Frau	-,044*
Soziale Dominanz	← Real	-,053*
Soziale Dominanz	← Abi, FH	-,105***
Soziale Dominanz	← Alter	,053*
Soz. Vgl. mit Deutschland	← Realschule	,000*
Soz. Vgl. mit Deutschland	← Abi, FH	,199***
Soz. Vgl. mit Deutschland	← Alter	,104***
Kontakt Nachbarn positiv	← Alter	-,140***
Kontakt Nachbarn positiv	← Ostdeutschland	-,111***
Kontakt Nachbarn negativ	← Alter	-,163***
Kontakt Arbeit positiv	← Alter	-,050*
Kontakt Arbeit positiv	← Ostdeutschland	-,132***
Kontakt Arbeit negativ	← Alter	-,126***
Allgemeine Einschätzung	← Alter	,076***
Allgemeine Einschätzung	← Ostdeutschland	-,063***

Ergänzende Tabelle zum Pfadmodell (Grafik 6); Signifikanz: * $p < 0.05$; *** $p < 0.001$

Kontakte und die Wahrnehmung von Bedrohung erweisen sich als besonders bedeutungsvoll für die Bewertung ausländischer Menschen. Gehen Bürger davon aus, dass ihr Wohlstand oder ihre Freiheiten durch Ausländer bedroht sind, fällt deren Einschätzung negativ aus. Der entsprechende Koeffizient liegt bei $-.45$. Das ist der größte einzelne Effekt. Für Kontakte sind insgesamt vier Effekte zu berücksichtigen. Die Effekte für die Häufigkeit positiver Kontakte sind sowohl für die Nachbarschaft ($.24$) als auch für den Beruf ($.22$) bedeutsamer als negative Kontakte. Vor allem im Beruf

erweisen sich negative Kontakte zwar als signifikant, aber doch deutlich kleiner als die positiven ($-.09$ vs. $.22$). Negative Kontakte in der Nachbarschaft gehen dagegen stärker mit einer negativen Bewertung von Ausländern einher ($-.18$). Im Wohnumfeld reagieren Bürger offensichtlich sensibel auf negative Kontakte. Insgesamt bestätigt sich die Erwartung, dass von Bedrohungswahrnehmung und Kontakten die stärksten Effekte ausgehen. Dabei zeigen sich auch indirekte Effekte von Kontakten über die Bedrohungswahrnehmung.

Einer positiven oder negativen Beurteilung von Migranten liegen auch Vergleichsprozesse von sozialen Gruppen zugrunde. Ein direkter Effekt ($.12$) auf die Einstellung zu Ausländern lässt sich für die Wahrnehmung gruppenbezogener relativer Deprivation identifizieren. Zudem konnten indirekte Effekte über Kontakte und Bedrohungswahrnehmung im empirischen Modell identifiziert werden.

Mit steigendem Autoritarismus sinken die positiven Erfahrungen mit Ausländern in der Nachbarschaft, steigen die negativen Erfahrungen bei der Arbeit und steigt das Ausmaß der wahrgenommenen Bedrohung. Die allgemeine negative oder positive Einstellung zu Ausländern wird damit durch Autoritarismus zwar nicht wie erwartet direkt, aber nicht unerheblich indirekt über Kontakte und Bedrohungswahrnehmung beeinflusst.

Für sozio-demografische Merkmale können eine Reihe von signifikanten, indirekten Effekten auf die allgemeine Einschätzung von Ausländern im Pfadmodell identifiziert werden (Tabelle 3). Auch unter Konstanzhaltung aller anderen jeweils unabhängigen Variablen zeigt sich, dass Ostdeutsche autoritärer als Westdeutsche sind. Auffällig ist weiterhin, dass Ostdeutsche signifikant weniger positive Erfahrungen bei Kontakten in der Nachbarschaft ($-.11$) und am Arbeitsplatz mit Ausländern ($-.13$) aufweisen. Da es unwahrscheinlich ist, dass die Ausländer in Ost- und Westdeutschland sich sehr unterschiedlich verhalten, könnte dies die Auswirkung von stärkeren Vorurteilen gegenüber Ausländern und stärkerem Autoritarismus im Osten sein. Schließlich zeigt sich auch bei den Ostdeutschen ein schwacher negativer, aber signifikanter Effekt auf die negative Einstellung gegenüber Ausländern.

Nicht unerwartet, ist die soziale Dominanzorientierung bei Frauen niedriger als bei Männern, während dies interessanterweise beim Autoritarismus nicht der Fall ist. Mit höherer Bildung sinkt der Autoritarismus und die Soziale Dominanzorientierung ist schwächer ausgeprägt, weiterhin sinkt das Gefühl der gruppenbezogenen Deprivation.¹² Auch hinsichtlich des Alters zeigen sich Unterschiede. In der Gruppe der Ältesten sind Autoritarismus und Soziale Dominanzorientierung leicht erhöht, während die gruppenbezogene Deprivation etwas niedriger liegt als bei jüngeren Befragten. Ältere haben weiterhin seltener positive und auch negative Kontakte zu Ausländern, sowohl in der Nachbarschaft als auch bei der Arbeit, was sicher mit der unterschiedlichen Gelegenheitsstruktur zu tun hat.

Fazit

Für die deutsche Bevölkerung sind Kontakte mit Migranten in verschiedenen Lebensbereichen zur Normalität geworden, insbesondere in den alten Bundesländern. Vorbehalte gegen Zuwanderung haben seit den 1990er Jahren in West- und Ostdeutschland deutlich abgenommen. Zivilgesellschaftliche Konzepte der Einbürgerung, die das Bekenntnis zur Grundordnung und Sprachkenntnisse beinhalten, haben im Urteil der Bevölkerung gegenüber ethnischen Konzepten erheblich an Bedeutung gewonnen. Die „Flüchtlingskrise“ und die ständige Präsenz der Migrationsproblematik in den Medien hat hier offensichtlich keine Trendumkehr auf der Einstellungsebene bei der deutschen Bevölkerung bewirkt. Kontakte mit Migranten müssen allerdings nicht immer positiv sein, und vor allem Wohlstand sowie Freiheiten und Rechte können auch als bedroht empfunden werden. Dass dies in der Folge zu negativen Einstellungen gegenüber Migranten führt, stellt sicherlich auch eine Herausforderung bei der Bewältigung der Migration dar.

Literatur

- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. (2017). Aktuelle Zahlen zu Asyl, Januar 2017: Tabellen, Diagramme, Erläuterungen: www.bamf.de.
- Baumann, J., Mika, T., Vogel, C., & Weick, S. (2016). Geringe Rente und hohes Altersarmutsrisiko bei Spätaussiedlern: Analysen mit Daten der Rentenversicherung und des Mikrozensus. *Informationsdienst Soziale Indikatoren (ISI)*, 56, 1-4.
- Blohm, M. & Wasmer, M. (2013). Einstellungen und Kontakte zu Ausländern. In Statistisches Bundesamt, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) (Hrsg.), *Datenreport 2013: Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland* (S. 205-211). Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Hochman, O., Raijman, R., & Schmidt, P. (2016). National Identity and Exclusion of Non-ethnic Migrants: Germany and Israel in Comparative Perspective. In J. Grimm, L. Huddy, P. Schmidt, & J. Seethaler, *Dynamics of National Identity* (S. 64-82). London: Routledge.
- Noll, H.-H. & Weick, S. (2011). Zuwanderer mit türkischem Migrationshintergrund schlechter integriert. *Informationsdienst Soziale Indikatoren (ISI)*, 46, 1-6.
- Pettigrew, F. T. & Tropp, R. L. (2006). Interpersonal Relations and Group Processes: A Meta-Analytic Test of Intergroup Contact Theory. *Journal of Personality and Social Psychology*, 5, 751-783.
- Pettigrew, F. T. (2016). In Pursuit of Three Theories: Authoritarianism, Relative Deprivation, and Intergroup Contact. *Annual Review Psychology*, 6, 1-21.
- Pettigrew, F. T. & Hewstone, M. (2017). The single factor fallacy: Implications of missing critical variables from an analysis of intergroup contact theory. Manuskript.
- Schlüter, E., Ullrich, J., Glenz, A., & Schmidt, P. (2016). From segregation to intergroup contact and back: Using experiments and simulation to understand the bidirectional link. *European Journal of Social Psychology*, 00, 1-16.
- Schmidt, P. & Weick, S. (1998). Starke Zunahme von Kontakten und Ehen zwischen Deutschen und Ausländern. Studie zur Zuwanderung, Einbürgerung und sozialen Integration von Migranten. *Informationsdienst Soziale Indikatoren (ISI)*, 19, 1-5.
- Schmidt, P. & Heyder, A. (2000). Wer neigt eher zu autoritärer Einstellung und Ethnozentrismus, die Ost- oder die Westdeutschen? – Eine Analyse mit Strukturgleichungsmodellen. In R. Alba, P. Schmidt, & M. Wasmer (Hrsg.), *Deutsche und Ausländer: Freunde, Fremde oder Feinde? Theoretische Erklärungen und empirische Befunde* (S. 439-484). Blickpunkt Gesellschaft. Band 5. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Semyonov, M., Raijman, R., & Gorodzeisky, A. (2006) The Rise of Anti-foreigner Sentiment in European Societies, 1988-2000. *American Sociological Review*, 71, 426-449.
- Smith, A. D. (1991). *National Identity*. Nevada: University of Nevada Press.
- Smith, J. H., Pettigrew, F. T., Pippin, M. G., & Bialosiewicz, S. (2011). Relative Deprivation: A Theoretical and Meta-Analytic Review. *Personality and Social Psychology Review*, 30, 1-8.
- Statistisches Bundesamt. (2016a). Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Ergebnisse des Zentralregisters 2015, Fachserie 1, Reihe 2: Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt. (2016b). Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Einbürgerungen 2015, Fachserie 1, Reihe 2.1: Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt. (2016c). Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Bevölkerung mit Migrationshintergrund: Ergebnisse des Mikrozensus 2015, Fachserie 1, Reihe 2.2: Wiesbaden.
- United Nations High Commissioner for Refugees. (2016). Global Trends. Forced Displacement in 2015 (www.unhcr.de).
- Zick, A., Küpper, B., & Hövermann, A. (2008). *Die Abwertung der Anderen. Eine europäische Zustandsbeschreibung zu Intoleranz, Vorurteilen und Diskriminierung*. Bonn: Bonner Universitäts-Buchdruckerei.
- 1 Bei den ALLBUS-Befragungen werden aktuelle Daten über Einstellungen, Verhaltensweisen und Sozialstruktur der Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland erhoben. Seit 1980 wird alle zwei Jahre ein repräsentativer Querschnitt der Bevölkerung befragt (Kumulierter Datensatz ALLBUS 1980-2012; ZA5260 Data file Version 2.0.0, doi:10.4232/1.11639; ALLBUS 2016 Pre-Release ZA5260, Data file Version 2.0.0, doi:10.4232/1.12715). Wir danken M. Blohm (GESIS) für die Berechnungen mit der Gesamtstichprobe des ALLBUS 2016. Die Autoren danken Pascal Anstötz und Sophie Rau für die Unterstützung bei Analysen und Darstellung. Die Arbeit von Peter Schmidt wurde unterstützt durch ein Humboldt-Stipendium der Polish Foundation for Basic Research.
 - 2 Es handelt sich um ein probabilistisches Mixed-Mode Access Panels. Die Daten sind repräsentativ für die deutschsprachige Wohnbevölkerung von 18 bis 70 Jahren (ZA5664 Datenfile Version 18.0.0, doi:10.4232/1.12716).
 - 3 Migrationshintergrund im engeren Sinn (vgl. Statistisches Bundesamt 2016c)
 - 4 Berechnet aus Länderdaten (Statistisches Bundesamt 2016a)
 - 5 Die Fragenbatterie für Split 1 wurde auch in früheren Allbus-Befragungen ab 1990 erhoben
 - 6 Anteil mit 2 und mehr Kontakten: Westdeutschland: 71%; Ostdeutschland: 31% (Ergebnisse des ALLBUS 2016 Pre-Release, tabellarisch nicht ausgewiesen)
 - 7 Faktor aus der Zustimmung zu den Einzelitems auf einer Skala von 1 „stimme überhaupt nicht zu“ bis 4 „stimme voll und ganz zu“.
 - 8 Additiver Index der Zustimmung zu den Einzelitems auf einer Skala von 1 „stimme überhaupt nicht zu“ bis 4 „stimme voll und ganz zu“ (Items Gleichbehandlung und Einfluss: Skala invertiert).
 - 9 Auf einer Skala von 1 „sehr viel schlechter“ bis 5 „sehr viel besser“.
 - 10 Antwortskala: 1 „nie“, 2 „selten“, 3 „manchmal“, 4 „häufig“.
 - 11 Additiver Index der Zustimmung zu den Einzelitems auf einer Skala von 1 „stimme überhaupt nicht zu“ bis 4 „stimme voll und ganz zu“.
 - 12 Aufgrund der Kodierung mit positivem Vorzeichen.
- Peter Schmidt
Universität Gießen
peter.schmidt@sowi.uni-giessen.de
- Stefan Weick
GESIS
Tel.: 0621 / 12 46 -245
stefan.weick@gesis.org

Auch mittelfristig eine Alternative?

Eine vergleichende Analyse der Wählerschaft der AfD, der Republikaner und der Grünen während ihrer Etablierungsphasen

Während Gewinne und Verluste der etablierten Parteien bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt im Frühjahr 2016 sehr gemischt ausfielen (siehe auch Blumenberg und Blumenberg, 2017), stach insbesondere eine vormals nicht in den Parlamenten vertretene Partei aufgrund ihrer großen Stimmenzugewinne hervor: die Alternative für Deutschland (AfD).

Die AfD schaffte es dabei nicht nur auf Anhieb mit überwältigendem Erfolg in die drei Landtage einzuziehen, sondern wurde in Sachsen mit 24,3 Prozent direkt zur zweitstärksten Partei nach der CDU gewählt. Doch auch die Wahlergebnisse in den westlichen Bundesländern, in denen die Partei ebenfalls zweistellige Ergebnisse (Rheinland-Pfalz 12,6 Prozent und Baden-Württemberg 15,1 Prozent) erreichte, brachten das Machtgefüge durcheinander.

Ganz überraschend waren die Erfolge bei Betrachtung der Ergebnisse der vorangegangenen Wahlen und vor allem der Entwicklung der sogenannten Sonntagsfrage zur Bundestagswahl (siehe Grafik 1) jedoch nicht, denn seit dem Bruch mit dem ehemaligen Parteivorsitzenden Bernd Lucke und der Hinwendung zu einer stärker rechtspopulistisch-orientierten Partei, schaffte es die AfD stetig an Sympathien unter den Wählern zu gewinnen. Entsprechend replizierte die AfD ihre Erfolge auch bei den später im Jahr stattfindenden Landtagswahlen in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern.

Des einen Freud ist bekanntlich des anderen Leid und so waren die Gewinne der AfD mit Verlusten bei den etablierten Parteien einhergehend. Diese begegneten der erstarkenden Partei mit einem Verweis auf Protestwahlverhalten. Und tatsächlich ist es nicht ungewöhnlich, dass neue Parteien auf Landesebene zeitweise gute Ergebnisse erzielen können und dies oftmals mit kurzfristigen Faktoren wie Protest zusammenhängt.

Ein gutes Beispiel hierfür sind die Piraten. Diese erreichten bei Wahl des Berliner Abgeordnetenhauses 2011 8,9 Prozent der Stimmen, wodurch sie eine Fraktion bilden konnten. Auf Bundesebene – aber auch bei

anderen Landtagswahlen – konnten die Piraten dagegen keine dauerhafte Bedeutung erlangen und sind heute mehr Inventar des kollektiven Gedächtnisses als relevante Partei.¹

Neben den Piraten sind die Republikaner beispielhaft dafür anzuführen, dass Erfolge auf Landesebene nicht zwingend zu einem Erfolg auf Bundesebene führen müssen. Diese erreichten in den 1990er Jahren bei zwei aufeinanderfolgenden Landtagswahlen um die 10 Prozent der Stimmen, konnten auf Bundesebene jedoch nicht daran anknüpfen.

Trotz dieser Negativbeispiele können Wahlerfolge bei Nebenwahlen dennoch als Indiz für die Etablierung von Parteien gelten. Entscheidend ist dabei nicht der Erfolg an sich, sondern die Zusammensetzung des Elektorats.

Für das untersuchte Beispiel AfD bedeutet dies, dass die Erfolge bei Landtagswahlen als Wegweiser in Richtung einer mittelfristigen Etablierung dienen können, wenn die Wähler zu einem überwiegenden Teil nicht primär aus Protest für diese Partei votiert haben. Wichtige Indizien hierfür sind neben der Motivation für die Wahl, beziehungsweise dem Grad der politischen Entfremdung (Bergh, 2004), auch Gewöhnungseffekte gegenüber der Partei. So steigt mit jeder Wahl die Wahrscheinlichkeit, dass eine Person erneut für diese stimmen wird.

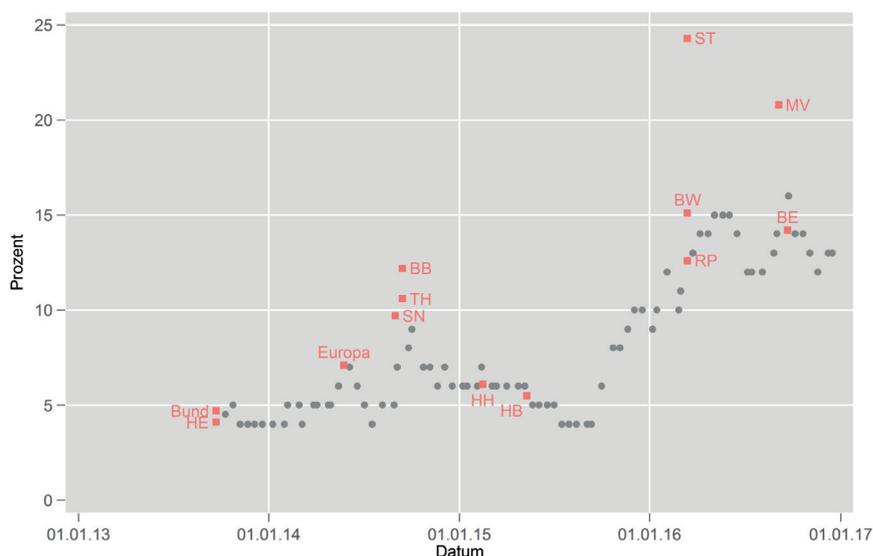
Herauszufinden, ob es der AfD gelingt wird auch mittelfristig Wähler an sich zu binden, ist Ziel dieses Beitrages.

Nach einer kurzen Diskussion der Bedeutung von Nebenwahlen, werden die (potentiellen) Wähler der AfD in drei verschiedenen Kategorien aufgegliedert: Überzeugte Anhänger, Potentielle Anhänger und Protestwähler. Ein Vergleich mit den Wählerschaften anderer Parteien zu ihren Entstehungszeiten kann schließlich aufzeigen, ob die AfD aus dieser Perspektive mittelfristig das Potential aufweist, weitere Wahlerfolge zu erzielen.

Die eingangs bereits kurz skizzierte unterschiedliche Bedeutung von Nebenwahlen für die Entstehung neuer Parteien, lässt sich anhand zweier Thesen zusammenfassen. Hierbei steht die These „Nebenwahlen kündigen Wandel!“, welche sich durch vielfältige Publikationen von Hiltrud Naßmacher (siehe dazu insbesondere 2001, S. 3-18; 1997, S. 427-442; 1989, S. 169-190)

Wandel oder nur Protest bei Nebenwahlen?

Grafik 1 Wahlergebnisse der AfD bei Bundes-, Landes- und Europawahlen (rot) und Sonntagsfragenanteile der AfD zur Bundestagswahl (grau)



Quelle: Amtliche Wahlergebnisse; Infratest dimap (2016a); eigene Darstellung.

belegen lässt, der These von Karlheinz Reif (1983, S. 195–209) „Nebenwahlen produzierten Protestwähler“ gegenüber.

Nach Naßmachers These sind Erfolge bei Landtagswahlen Grundvoraussetzung für die Etablierung von Parteien. Erst wenn sie auf kommunaler Ebene oder Landesebene Mandate gewinnen und sich dort in der alltäglichen Arbeit beweisen, können sie auch auf Bundesebene Wahlerfolge verzeichnen und an Koalitionen beteiligt werden. Demgegenüber argumentiert Reif, dass Wahlen auf den unteren Ebenen von den Wählern vor allem dazu genutzt werden, Protest zum Ausdruck zu bringen. Diese Wahlen, die auch als „second-order-elections“ bezeichnet werden, werden von den Wählern als weniger wichtig und bedeutsam wahrgenommen (Reif et al., 1980). Aus diesem Grund ist es für Wähler weniger „riskant“, ihrem Protest gegen das gesamte etablierte Parteiensystem Ausdruck zu verleihen, indem sie gegen ihre politische Überzeugung einer Randpartei ihre Stimme geben (Decker und Blumenthal 2002, S. 145).²

Für beide Thesen lassen sich Beispiele in der Entwicklung der deutschen Parteienlandschaft finden. So sind diese keine Gegensätze sondern vielmehr als unterschiedliche Facetten des Phänomens zu sehen. Während das Beispiel der Grünen für die erste These spricht, lassen sich die bereits genannten Erfolge der Republikaner der zweiten These zuordnen.

Kündigen die vielfältigen Erfolge der AfD bei verschiedenen Landtagswahlen und der Europawahl einen Wandel der Parteienlandschaft an oder zeigt sich bei den vorangegangenen Wahlen vor allem Protestwahlverhalten und die AfD wird sich ähnlich entwickeln wie schon vor ihr die Piraten oder Republikaner?

Für die Gründung einer neuen Partei oder den Aufstieg einer Kleinstpartei ist es notwendig, dass sie Wähler zur entsprechenden Stimmabgabe überzeugen kann. Dies kann zum einen geschehen, indem durch gesellschaftliche Veränderungen neue Konfliktlinien entstehen, die von der neuen Partei entsprechend besetzt werden (Kitschelt, 1997, S. 135f.). Eine neue Konfliktlinie ist aber keine zwingende Voraussetzung für den Erfolg einer neuen Partei. Wähler können ebenfalls gewonnen werden, indem Parteien politische Nischen besetzen und sich inhaltlich, personell oder im Hinblick auf den Politikstil maßgeblich von anderen (etablierten) Parteien unterscheiden (Naßmacher, 2001, S. 9).

Die Wahlerfolge der AfD in 2016 lassen sich zu einem Großteil auf die Flüchtlingsproblematik zurückführen (Gabriel et al.,

2016, S. 499). War zur Europawahl 2014 ein vorherrschendes Thema bei der AfD noch der Euro, wurde die Partei insbesondere nach der Spaltung 2015 zunehmend mit dem Thema der Zuwanderungspolitik in Verbindung gebracht. Passend für die AfD wurde das Thema „Flüchtlinge“ auch für die Bevölkerung zu einem immer wichtigeren Thema (Niedermayer et al., 2016, S. 269). Durch den Flüchtlingsstrom im Herbst 2015 und der Entscheidung von Bundeskanzlerin Merkel, die Flüchtlinge aus Ungarn nach Deutschland einreisen zu lassen, entstand in den Medien und der Bevölkerung eine langandauernde und in der Form zuvor nie dagewesene Relevanz des Themas „Flüchtlinge“. Nach Niedermayer und Hofrichter (2016, S. 269f.) spielten drei weitere Ereignisse zu Beginn des Jahres 2016 eine entscheidende Rolle, die der Partei weiteren Auftrieb verschaffte. Dies waren zum einen die Übergriffe in der Silvesternacht in Köln durch Nordafrikaner, des Weiteren die durch die Flüchtlingsproblematik geprägten Landtagswahlkämpfe und -wahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt und zu guter Letzt die islamistischen Terroranschläge in Brüssel. Die Frage ist, ob die AfD weiterhin genügend Wähler mobilisieren kann, wenn das Thema an Salienz verliert.

Wählerschaft der AfD vielfach überzeugte Anhänger

Das Potenzial einer Partei ergibt sich aus der Wählerschaft. Dabei gilt es zu beachten, wer die Wähler einer Partei sind und ob es der Partei gelingt, diese längerfristig an sich zu binden. Insbesondere wenn man der These Reifs folgt, dass Nebenwahlen zu einem Großteil Protestwahlverhalten produzieren, ist es für neue Parteien überaus wichtig, gleichsam andere Wählerschichten anzusprechen.

Eine aktuelle Analyse der AfD-Wählerschaft stammt von Niedermayer und Hofrichter (2016, S. 272f.). Ihren Analysen folgend verfügt der durchschnittliche AfD-Wähler über einen mittleren Bildungsabschluss und ein leicht überdurchschnittliches Haushaltsnettoeinkommen und ist männlich. Zudem beschreiben sie ihre eigene wirtschaftliche Situation als gut bzw. sehr gut.

Ihre Wähler rekrutierte die AfD bei den Landtagswahlen insbesondere aus den Reihen der CDU, der Linken und der FDP. Hinzu kam ein signifikanter Anteil Nicht- und Erstwähler. Als Gründe für die Wahlentscheidung gab der überwiegende Teil der Wähler Unzufriedenheit mit „Merkels Flüchtlingspolitik“ an (Niedermayer und Hofrichter, 2016, S. 275). Dies deckt sich

mit vorherigen Analysen kommerzieller Unternehmen, wie beispielsweise anlässlich der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt 2016, bei denen rund 65% AfD-Wähler Unzufriedenheit als wichtigsten Wahlgrund angaben (Infratest Dimap, 2016).

Diese Analyse vermittelt zwar einen ersten Eindruck über die Wähler der AfD, kann aber nicht abschließend erklären, ob es sich bei den Wählern um Protestwähler handelt oder sich vielmehr ein Wandel im Parteiensystem ankündigt. Wenn das verbindende Glied der AfD-Wähler primär die Unzufriedenheit mit etablierten Parteien (insbesondere im Umgang mit der Flüchtlingspolitik) ist, wird die AfD es schwer haben, sich dauerhaft zu etablieren. Wenn sich dagegen innerhalb der Wählerschaft der AfD eine inhaltlich homogene (auch unabhängig von der Flüchtlingsdebatte) Gruppe von Wählern bildet, die sich zudem auch substantiell von den Wählern bzw. Anhängern anderer Parteien unterscheidet, kann die AfD auf dauerhafte Erfolge, auch auf Bundesebene, hoffen (Schwarzbözl et al., 2016, S. 293).

Nach Analysen von Schwarzbözl und Fatke (2016, S. 292) weist die AfD-Wählerschaft zumindest in Teilen ein strukturelles Potenzial auf, was einen längerfristigen Erfolg nicht unwahrscheinlich macht. Allerdings nutzen Schwarzbözl und Fatke Daten, die zur Bundestagswahl 2013 erhoben wurden, zu einer Zeit also, als die Flüchtlingsproblematik noch deutlich weniger stark ausgeprägt war und die AfD generell einen, durch ihren damaligen Vorsitzenden Bernd Lucke, anderen Politikstil verfolgte. In wie weit diese Ergebnisse noch gelten ist deshalb fraglich und bedarf einer erneuten Analyse.

Einer Analyse von Kulick und Onken (2010) folgend, werden im Folgenden die Wähler dreier Parteien in drei verschiedene Gruppen aufgeteilt: überzeugte Anhänger, potenzielle Anhänger und Protestwähler. Als überzeugte Anhänger gelten dabei alle die Personen, die angeben, über eine Parteiidentifikation zu der jeweiligen Partei zu verfügen (die Parteiidentifikation ist eine langfristige kognitive und affektive Bindung an eine Partei) und bei der letzten Wahl und allen zukünftig abgefragten Wahlen die entsprechende Partei wählen zu wollen. Potenzielle Anhänger weisen zu keiner Partei eine Parteiidentifikation auf, wollen aber bei zukünftigen Wahlen die entsprechende Partei wählen. Und schließlich die Protestwähler, die zwar die entsprechende Partei wählen wollen, aber angeben, sich mit einer anderen Partei zu identifizieren und auch in der Vergangenheit immer für eine andere Partei gestimmt haben.

Um den Anteil der Protestwähler wie auch der potenziellen und überzeugten Anhänger einschätzen zu können, wird die Kategorisierung neben der AfD für zwei weitere Parteien zu Beginn ihrer Etablierungsphasen vorgenommen.³ Zum einen wurden dazu die Grünen gewählt, die sich Ende der 1970er / Anfang der 1980er Jahre über die Umweltpolitik etablierten und mittlerweile fest zu Parteiestablishment gehören (Probst, 2007, S. 175). Als Datengrundlage dient dazu die Kieler Wahlstudie von 1983. Dieses Beispiel würde der These Naßmachers folgen, wonach eine Partei erst auf Landesebene Erfolge verbucht, um sich anschließend auf Bundesebene zu etablieren. Als Gegenbeispiel werden die eingangs bereits erwähnten Republikaner herangezogen. Diese hatten in den 1990er Jahren eine Hochphase insbesondere in Baden-Württemberg, wo sie bei zwei aufeinanderfolgenden Landtagswahlen Wahlergebnisse deutlich über der 5-Prozent-Hürde erreichten und damit in den Landtag einziehen konnte. Ihre Wähler mobilisierten sie dabei hauptsächlich über Kritik an der damaligen Asylpolitik (Glaebner, 2006, S. 468f). Um die Zuordnung der Wählerschaft vornehmen zu können, werden Daten, die zur Landtagswahl in Baden-Württemberg 1992 erhoben wurden, ausgewertet. Somit steht der Kategorisierung der AfD eine Kategorisierung der mittlerweile etablierten Partei der Grünen aus ihrer Anfangszeit sowie der Republikaner gegenüber.

Bei der Wählertypologisierung ist zu beachten, dass eine idealtypische Zuordnung kaum möglich ist (Strohmeier, 2002, S. 70ff.) und dementsprechend nur eine grobe Zuordnung mit teilweise vorkommenden Überschneidungen der einzelnen Gruppen vorgenommen werden kann. Trotz allem kann eine Typologisierung zur Einschätzung der Wählerschaft sinnvoll sein, was sich auch anhand der Ergebnisse zeigt.

Entsprechend den hier gewählten Zuordnungskriterien lassen sich 64,0 Prozent der Wähler der AfD den überzeugten Anhängern zuordnen. Damit gleicht der Anteil dem Anteil der Grünen zu deren Anfangszeit. Auffällig ist zudem der relativ hohe Anteil potentieller Anhänger, die ebenfalls eher für eine Etablierung der Partei sprechen.

Dieser Gruppe lassen sich 11,9 Prozent der Wähler zuordnen, was deutlich mehr ist als bei den Grünen (wo sich die Wählerschaft sehr klar zwischen überzeugten Anhänger und Protestwähler trennen lässt), aber deutlich weniger als bei den Republikanern in den 1990er Jahren. Zwar treffen die Personen dieser Gruppe die Aussage, zukünftig wieder die Partei wählen zu wollen, da sie aber über keine Parteidentifikation verfü-

Tabelle 1 Typologisierung der Anhängerschaft der Grünen, Republikaner und AfD (%)

	Grüne (1983)	Republikaner (1992)	AfD (2016)
Überzeugte Anhänger	59,3	17,7	64,0
Potenzielle Anhänger	1,2	25,8	11,9
Protestwähler	39,5	56,5	24,1
	n = 86	n = 62	n = 328

Quelle: Kieler Wahlstudie 1983 (ZA1399), Landtagswahl in Baden-Württemberg 1992 (ZA2301), Projekt „Auch in Zukunft eine Alternative“ (ZA5764), eigene Berechnung.

gen und auch im Vorfeld noch nicht die jeweilige Partei gewählt haben, ist davon auszugehen, dass zumindest nicht alle dieser Gruppe zukünftig die jeweilige Partei wählen werden.

Nur ein Viertel der AfD-Wähler ist nach der Kategorisierung den Protestwählern zuzuordnen. Dieser Anteil ist – insbesondere auch im Vergleich zu den Grünen und Republikanern – sehr gering.

Auch wenn die Zahlen bestechend sein mögen, sollten diese nicht überinterpretiert werden. Dies gilt insbesondere für die im Rahmen der aktuellsten Umfrage „Auch in Zukunft eine Alternative“ gewonnenen Daten, da es sich bei dieser um eine Pilotstudie handelt, welche mit Hilfe des Respondi-Online-Panels durchgeführt wurde. Das bedeutet, dass nur Personen befragt werden konnten, die Mitglied in dem Online-Panel sind. Es handelt sich also nicht um eine Zufallsstichprobe der deutschen Wahlbevölkerung. Des Weiteren wurden bei den herangezogenen Daten verschiedene Befragungsmodi genutzt, naturbedingt liegen die Befragungszeitpunkte weit auseinander und die Fallzahlen in den beiden Vergleichsstichproben zu den Grünen und Republikanern sind relativ gering.

Nichtsdestotrotz erlauben die Analysen und Ergebnisse aber eine Tendenz abzulesen und zeigen klar, dass es sich bei den AfD Wählern nicht ausschließlich um Protestwähler handelt. Dies wiederum ist ein entscheidender Hinweis auf die mittelfristige Entwicklung des deutschen Parteiensystems. So ist nach den Erkenntnissen dieser Analysen nicht davon auszugehen, dass die AfD alsbald wieder verschwindet oder die Partei bei den nächsten Wahlen an der 5-Prozent-Hürde scheitern wird.

Fazit

Insgesamt lässt sich – insbesondere im Vergleich zu der Entwicklung der Grünen und den Republikanern – aus den Ergebnissen der Kategorisierung der AfD-Wähler in der

Tendenz ableiten, dass es 2016 einen hohen Anteil an überzeugten Anhängern gab. Die Partei weist damit zum gegebenen Zeitpunkt eher Ähnlichkeiten zu den Grünen als zu den Republikanern auf. Die Partei verfügt also über eine Wählerschaft, die prinzipiell bereit ist sie auch mittelfristig zu wählen.

Ob sie dies auch werden, dürfte maßgeblich vom zukünftigen Handeln der AfD und ihrem Mitwirken in der Opposition (siehe die These Naßmachers) abhängen. Schließlich wird auch das Thema Flüchtlinge nicht ewig die Medien beherrschen. Welche Themenlage dann die Agenda der AfD bestimmt und wie dies bei ihren Wählern ankommt, ist nicht vorherzusehen. Neben der eigenen Positionierung wird auch das Verhalten der anderen Parteien den weiteren Erfolg der AfD beeinflussen. Der rechte Rand des deutschen Parteiensystems wird derzeit nur partiell von der CSU belegt. Es wäre dort durchaus Platz für eine entsprechende Partei – wie es in vielen anderen europäischen Ländern auch üblich ist. Eines ist schließlich gewiss: Die AfD als reine Protestpartei zu kategorisieren unterschätzt ihren Wert für ihre Wähler.

Literatur

- Bergh, J. (2004). Protest Voting in Austria, Denmark, and Norway. *Scandinavian Political Studies*, Heft 4, 367-389.
- Blumenberg, J. N. & Blumenberg, M. S. (2017). The Kretschmann Effect: Personalisation and the March 2016 Laender Elections. *German Politics*. [Accepted]
- Decker, F. & von Blumenthal, J. (2002). Die bundespolitische Durchdringung der Landtagswahlen. Eine empirische Analyse von 1970 bis 2001. *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, Heft 1, 144-165.
- Gabriel, O. W. & Kornelius, B. (2016). Die baden-württembergische Landtagswahl vom 13. März 2016: Es grünt so grün. *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, Heft 3, 497-518.
- Glaebner, G.-J. (2006). *Politik in Deutschland*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

- Infratest Dimap. (2016a). Sonntagsfrage (bundesweit). Verfügbar unter: <http://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/sonntagsfrage/>.
- Infratest Dimap. (2016b). Sachsen-Anhalt 2016. Umfragen wahlentscheidende Themen. Verfügbar unter: <https://wahl.tagesschau.de/wahlen/2016-03-13-LT-DE-ST/umfrage-wahlentscheidend.shtml>.
- Kitschelt, H. (1997). European Party Systems: Continuity and Change. In M. Rhodes, P. Heywood, & V. Wright (Hrsg.), *European Party Systems: Continuity and Change* (S. 131-170). London: Routledge.
- Kselman, D. & Niou, E. (2011). Protest voting in plurality elections: a theory of voter signaling. *Public Choice*, 395-418.
- Kulick, M. & Onken, H. (2008). Die Wähler der Linkspartei in ihren Hochburgen: eine empirische Analyse zur niedersächsischen Landtagswahl 2008 in Oldenburg, Delmenhorst und Wilhelmshaven. *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, Heft 2, 299-312.
- Naßmacher, H. (2001). Die Bedeutung der Kommunen und der Kommunalpolitik für den Aufstieg neuer Parteien. *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, Heft 1, 3-18.
- Naßmacher, H. (1997). Parteien und Wählergruppen in der Kommunalpolitik. In O. Gabriel, O. Niedermayer, & R. Stöss (Hrsg.), *Parteiendemokratie in Deutschland* (S. 427-442), Wiesbaden: Springer.
- Naßmacher, H. (1989). Auf- und Abstieg von Parteien. *Zeitschrift für Politik*, 36/2, 169-190.
- Niedermayer, O. & Hofrichter, J. (2016). Die Wählerschaft der AfD: Wer ist sie, woher kommt sie und wie weit rechts steht sie? *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, Heft 2, 267-284.
- Probst, L. (2007). Bündnis90/Die Grünen. In F. Decker & V. Neu, *Handbuch der deutschen Parteien* (S. 173-188). Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Reif, K. (1983). Die „Nebenwahlen“. Einbußen der französischen Linken seit ihren Siegen von 1981. *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, Heft 2, 195-209.
- Reif, K. & Schmitt, H. (1980). Nine Second Order National Elections: A Conceptual Framework of Analysis of European Election Results. *European Journal of Political Research*, 8/1, 3-44.
- Schwarzbözl, T. & Fatke, M. (2016). Außer Protesten nichts gewesen? Das politische Potenzial der AfD. *Politische Vierteljahresschrift*, Heft 2, 276-299.
- Strohmeier, G. (2002). *Moderne Wahlkämpfe – wie sie geplant, geführt und gewonnen werden*. Baden-Baden: Nomos.
- Völkl, K. et al. (2008). Zum Einfluss der Bundespolitik auf Landtagswahlen: theoretischer Rahmen und Analysemodelle. In K. Völkl, K.-U. Schnapp, E. Holtmann, & O. W. Gabriel, *Wähler und Landtagswahlen in der Bundesrepublik Deutschland* (S. 9-36). Baden-Baden: Nomos.
- Wahlrecht.de. Amtliche Wahlergebnisse der Europa-, Bundes- und Landtagswahlen. Verfügbar unter: <http://www.wahlrecht.de/ergebnisse/>.
- 1 *Hierfür spricht auch, dass sie bei der Bundestagswahl 2013 mit 2,2 deutlich an der Fünf-Prozent-Hürde scheiterten und auch bei den folgenden Landtagswahlen keine bedeutsamen Wahlerfolge mehr erzielen konnten.*
- 2 *Einen Überblick über rationale Motivationen zum Protestwahlverhalten geben Kselman, Niou 2011.*
- 3 *Für die Kategorisierung der Grünen Wähler wird dabei auf Daten zurückgegriffen, die zur Bundestagswahl 1983 erhoben wurden ZA1399. Die Wähler der Republikaner werden anhand von Daten zur Landtagswahl 1992 in Baden-Württemberg kategorisiert ZA2301. Für die Wähler der AfD liegen Daten aus dem Projekt „Auch in Zukunft eine Alternative“ ZA5764 vor, wo – wenn auch nicht in direkter zeitlicher Nähe zu einer Wahl – die Wahlabsicht abgefragt wurde. Während es sich bei den beiden erstgenannten Umfragen um eine Face-to-Face bzw. telefonische Befragung mit einer repräsentativen Stichprobe handelte, wurde die Studie „Auch in Zukunft eine Alternative“ online mit Hilfe des Respondi-Panels erhoben. Da das Panel nicht auf einer Zufallsstichprobe basiert, können nur bedingt Rückschlüsse auf die Grundgesamtheit gezogen werden.*

Manuela S. Blumenberg und
Johannes N. Blumenberg
GESIS Mannheim
Tel.: 0621 / 12 46 -431 und -250
Manuela.Blumenberg@gesis.org
Johannes.Blumenberg@gesis.org

Schaffen wir das?

Zwischen Akzeptanz und Ablehnung von Immigration in Deutschland und Europa

Kaum ein anderes Thema hat in den vergangenen zwei Jahren die öffentliche und politische Diskussion in Deutschland und Europa so sehr geprägt wie die Flüchtlingsdebatte. Der enorme Anstieg an Zuwanderern und Flüchtlingen, insbesondere aus den syrischen Kriegsgebieten, stellt nicht nur die politischen Eliten Europas vor eine immense Herausforderung, sondern erregt auch seitens europäischer Bevölkerungen die Besorgnis, wie die Aufnahme und Integration einer großen Zahl von Zuwanderern bewältigt werden können. Sinnbildlich für die kontroversen Standpunkte hinsichtlich einer angemessenen Einwanderungs- und Flüchtlingspolitik stehen einerseits die weithin bekannte Aussage „Wir schaffen das!“ der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel, andererseits die in vielen europäischen Ländern aufkommenden immigrations-skeptischen oder gar -feindlichen Stimmen und Bewegungen, welche in Deutschland z.B. in Gestalt von ‚PEGIDA‘ ihren Ausdruck finden. Während diese beiden Extrempole einer generösen gegenüber einer restriktiven Einwanderungs- und Flüchtlingspolitik insbesondere in der medialen Darstellung eine gewisse Priorisierung erfahren und somit der Eindruck zunehmend polarisierter europäischer Gesellschaften entsteht, so verfügen wir im Gegenzug kaum über belastbare und aktuelle empirische Daten, welche uns Aufschluss darüber geben können, wie Akzeptanz und Ablehnung von Immigration in Deutschland und Europa tatsächlich verteilt sind und wie sich etwaige Unterschiede in den Einstellungen gegenüber Immigration erklären lassen.

Im vorliegenden Beitrag betrachten wir zunächst die Einstellungen europäischer Bürgerinnen und Bürger gegenüber Immigration im Zeit- und Ländervergleich und untersuchen anschließend, welche Faktoren Akzeptanz respektive Ablehnung von Immigration bedingen. Für unsere empirischen Analysen greifen wir auf Individualdaten eines spezifischen Themenmoduls zu Immigration zurück, welches in den Jahren 2002 und 2014 im Rahmen des European Social Survey (ESS)¹ erhoben wurde (vgl. Schnaudt et al. 2014 für einen Überblick zum ESS). Fernab der medialen Darstellung ist es uns so möglich, ein aktualisiertes Bild der in den europäischen Bevölkerungen vorhandenen Einstellungen gegenüber Immigration zu Beginn der „Flüchtlingskrise“ im Jahr 2015 zu liefern und die Beweggründe für Akzeptanz und Ablehnung von Immigration näher zu beleuchten.²

Immigration in Europa: Hohe Akzeptanz bei leichten Polarisierungstendenzen

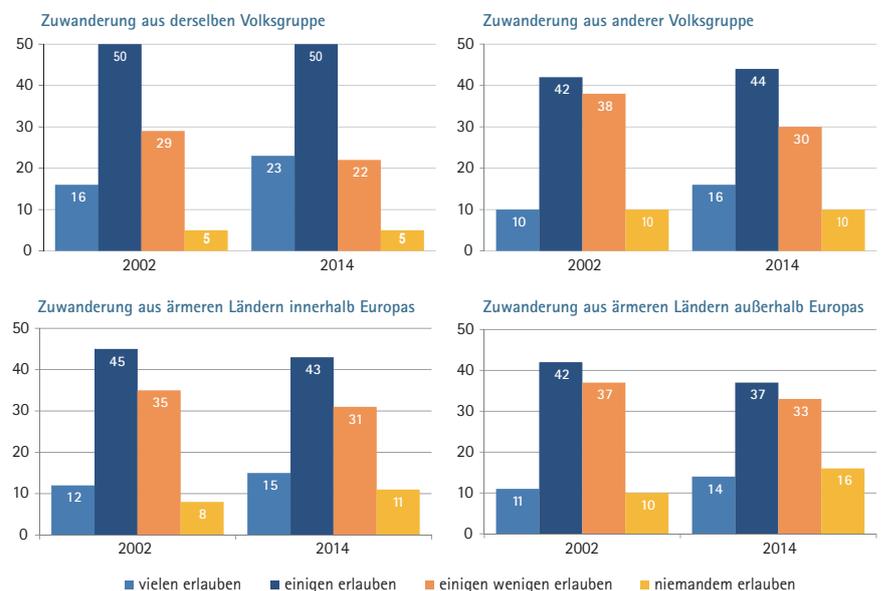
Für die Messung der Akzeptanz respektive Ablehnung von Immigration stehen im ESS insgesamt vier Items zur Verfügung, welche sowohl in der ersten Welle des ESS im Jahr 2002 als auch in der letzten Welle im Jahr 2014 in insgesamt siebzehn Ländern erhoben wurden.³ Sämtliche Items fragen nach der Anzahl an Zuwanderern, denen es aus Sicht der Befragten erlaubt sein sollte, in ihr Land einzureisen und dort zu leben.

Differenziert wird hierbei zwischen Zuwanderern unterschiedlicher ethnischer oder sozioökonomisch-geographischer Herkunft: Zuwanderer (1) derselben Volksgruppe oder ethnischen Gruppe wie die Mehrheit des Landes⁴, (2) einer anderen Volksgruppe oder ethnischen Gruppe wie die Mehrheit des Landes, (3) aus ärmeren Ländern innerhalb Europas und (4) aus ärmeren Ländern außerhalb Europas.⁵ Für jede dieser vier Fragen sollen die Befragten angeben, ob sie

(1) vielen, (2) einigen, (3) einigen wenigen oder (4) niemandem erlauben möchten, in ihrem jeweiligen Land zu leben. Grafik 1 gibt zunächst Auskunft über die Verteilungen der Antworten auf die vier Items in den Jahren 2002 und 2014 für alle siebzehn Länder gemeinsam.

Für alle vier Items zeigt sich, dass eine Mehrheit der Befragten Immigration tendenziell positiv gegenübersteht. Am deutlichsten trifft dies für Zuwanderung von Personen aus derselben Volksgruppe (bzw. ethnischen Gruppe) zu. Hier geben im Jahr 2002 66 Prozent der Befragten an, dass es ‚vielen‘ oder ‚einigen‘ Zuwanderern erlaubt sein sollte, in ihrem Land zu leben. Die entsprechenden Werte für Zuwanderung aus anderen Volksgruppen, aus ärmeren Ländern in Europa sowie aus ärmeren Ländern außerhalb Europas liegen jeweils bei 52, 57 und 53 Prozent. Betrachtet man nun die Entwicklungen von 2002 zu 2014, so erhöht sich der Anteil der positiv gegenüber Immigration eingestellten Bürger noch weiter. Am hervorstechendsten ist dieser Anstieg für die beiden Items bzgl. der Zuwanderung aus derselben bzw. einer anderen Volksgruppe. Für erstere ist ein Anstieg um 7 Prozentpunkte zu verzeichnen. Während im Jahr 2002 66 Prozent der Befragten angeben, ‚viele‘ oder ‚einige‘ Zuwanderer aus derselben Volksgruppe zu

Grafik 1 Akzeptanz und Ablehnung von Immigration in Europa (2002 und 2014)



Prozentuale Verteilungen der vier Items. Fallzahlen: N_{min} 31.645 (2002) und 30.371 (2014). Berechnungen auf Grundlage gewichteter Daten (pspwght und pweight).

Datenbasis: European Social Survey 2002 und 2014.

erlauben, sind dies im Jahr 2014 73 Prozent. Für die Zuwanderung aus einer anderen Volksgruppe zeigt sich zwischen 2002 und 2014 ein Anstieg um 8 Prozentpunkte von 52 auf 60 Prozent.

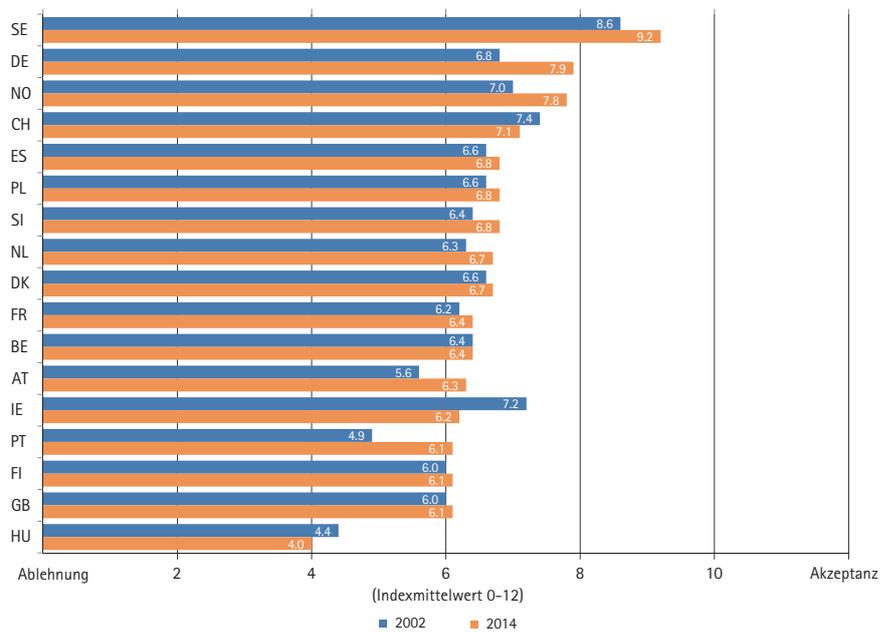
Hinsichtlich der Akzeptanz von Zuwanderung aus ärmeren Ländern innerhalb bzw. außerhalb Europas ist kein oder nur ein marginaler Anstieg zu verzeichnen. Es zeigt sich jedoch eine andere interessante Entwicklung im Zeitverlauf, wenn lediglich die Anteile jener Befragten betrachtet werden, die entweder ‚vielen‘ oder ‚niemandem‘ die Zuwanderung erlauben möchten. Für beide Gruppen zeigt sich im Vergleich von 2002 und 2014 ein Anstieg, der auf eine Polarisierung in den Einstellungen zu Immigration hinweist. Am deutlichsten ist diese Polarisierungstendenz bei der Frage nach der Zuwanderung aus ärmeren Ländern außerhalb Europas zu erkennen. Hier steigt der Anteil derjenigen, die ‚viele‘ Zuwanderer erlauben möchten, von 11 Prozent in 2002 auf 14 Prozent in 2014, während im gleichen Zeitraum der Anteil an Befragten, die ‚niemandem‘ die Zuwanderung erlauben möchten, von 10 auf 16 Prozent ansteigt. Ein ähnlicher Anstieg in den Extrempositionen zeigt sich für die Frage nach Zuwanderung aus ärmeren Ländern innerhalb Europas.

Zusammenfassend sprechen die bisherigen Befunde hinsichtlich der Einstellungen zu Immigration für Folgendes: (1) Europäische Bürger sind in der Mehrheit tendenziell positiv gegenüber Immigration eingestellt. Dies gilt ungeachtet der ethnischen Herkunft oder sozioökonomisch-geographischen Herkunft der Zuwanderer. (2) Der Anteil jener Bürger mit tendenziell positiven Einstellungen nimmt im Zeitverlauf von 2002 bis 2014 zu oder bleibt auf konstantem Niveau. (3) Für die Einstellungen bzgl. Zuwanderung aus ärmeren Ländern innerhalb oder außerhalb Europas lässt sich eine leichte Tendenz der Polarisierung im Zeitverlauf von 2002 zu 2014 beobachten.

Überwiegend kein immigrationsfeindliches Klima in den europäischen Ländern

Im Folgenden werden die Einstellungen gegenüber Immigration für die siebzehn europäischen Länder separat verglichen, um die zuvor dargestellten Befunde und Schlussfolgerungen erweitern und ggf. qualifizieren zu können. Dafür untersuchen wir zunächst, ob die Antworten der Befragten zu den vier Items womöglich Ausdruck eines latenten Konstrukts „Akzeptanz und Ablehnung von Immigration“ sind und sich folglich zu einem Immigrationsindex

Grafik 2 Akzeptanz und Ablehnung von Immigration im europäischen Vergleich (2002 und 2014)



Mittelwerte des Immigrationsindex (0-12). Absteigende Sortierung der Länder auf Basis der Mittelwerte für 2014. Fallzahlen: N_{min} 1.126 (Slowenien 2014), N_{max} 2.973 (Deutschland 2014). Berechnungen auf Grundlage gewichteter Daten (pspwght).

Datenbasis: European Social Survey 2002 und 2014.

zusammenfassen lassen. Die Ergebnisse einer hierfür durchgeführten Faktorenanalyse zeigen in allen siebzehn Ländern zu beiden betrachteten Zeitpunkten (2002 und 2014) eine eindimensionale Struktur (vgl. auch Davidov et al., 2015). Daher wird für die folgenden Analysen ein additiver Index aus den vier Einzelitems gebildet, bei dem höhere Werte auf eine größere Akzeptanz von Immigration hinweisen (Wertebereich 0-12).⁶ Der Mittelwert des Indexes liegt im gepoolten Sample in 2002 bei 6,40 (SD=2,95) und in 2014 bei 6,80 Punkten (SD=3,13). Grafik 2 gibt einen deskriptiven Überblick der Verteilung des neu gebildeten Indexes über die siebzehn europäischen Länder sowie die zwei Erhebungszeitpunkte hinweg.

Auffällig sind zunächst die teils erheblichen Unterschiede in der durchschnittlichen Akzeptanz von Immigration zwischen den siebzehn betrachteten Ländern. So ist im Jahr 2014 in Schweden die Akzeptanz von Immigration mit einem Durchschnittswert von etwa 9 auf einer Skala von 0 bis 12 mehr als doppelt so hoch wie in Ungarn, wo sich der entsprechende Wert bei etwa 4 befindet. Neben diesen Differenzen in den Akzeptanzniveaus zwischen den Ländern zeigen sich auch einige interessante Entwicklungen über die Zeit. Während sich die Akzeptanzniveaus zwischen den Jahren 2002 und 2014 in Belgien, Dänemark, Finn-

land, oder Großbritannien kaum verändert haben, zeigen unter anderem Deutschland, Norwegen, Portugal und Schweden im selben Zeitraum einen teils deutlichen Anstieg. Demgegenüber deuten die Befunde für die Schweiz, Ungarn und insbesondere Irland auf eine abnehmende Akzeptanz von Immigration hin. Zusammenfassend lässt sich konstatieren, dass die Entwicklung in den Einstellungen der europäischen Bürger bzgl. Immigration im Zeitraum 2002 bis 2014 eher immigrationsfreundlich als -feindlich ausfällt. Selbiges gilt für die Akzeptanzniveaus, welche sich im Erhebungsjahr 2014 mit Ausnahme Ungarns in allen Ländern um den theoretischen Indexmittelwert von 6 oder höher bewegen. Von einem immigrationsfeindlichen Klima innerhalb der europäischen Bevölkerungen kann also in der überwältigenden Mehrheit der betrachteten Länder zu Beginn der Flüchtlingskrise im Jahr 2015 nicht gesprochen werden.

Einschätzungen bezüglich Arbeitsmarkt, Kriminalität und kulturellem Leben beeinflussen Akzeptanz von Immigration erheblich

Auch wenn die durchschnittlichen Akzeptanzniveaus auf ein eher immigrationsfreundliches Klima in den hier untersuchten Ländern hinweisen, so verbirgt sich hinter den Durchschnittswerten der einzelnen Län-

der noch immer eine immense Spannweite an individuellen Einstellungen (vgl. Grafik 1). Im Folgenden wird daher der Frage nachgegangen, warum einige Bürger und Bürgerinnen einer weiteren Zuwanderung eher positiv gegenüberstehen, wohingegen andere diese eher ablehnen.

Zur Erklärung von Einstellungen gegenüber Immigration lassen sich verschiedene Ansätze finden, welche vereinfacht zu interessenbasierten gegenüber sozialpsychologischen Erklärungen zusammengefasst werden können (vgl. Hainmüller und Hopkins, 2014). Interessenbasierte Erklärungen sehen Einstellungen gegenüber Immigration als Resultat eines (wahrgenommenen) Wettbewerbs zwischen der einheimischen Bevölkerung und Zuwanderern hinsichtlich bestimmter Ressourcen wie Arbeitsplätzen oder staatlichen Leistungen. Sozialpsychologische Erklärungen kennzeichnen sich dadurch, dass sie Einstellungen gegenüber Immigration auf gruppenspezifische Merkmale und Charakteristika zurückführen und folglich die Rolle von Vorurteilen, Stereotypen sowie nationaler Identität betonen (vgl. Hainmüller und Hopkins, 2014, S. 226). Neben diesen beiden Gruppen von Erklärungsansätzen verweisen vorangegangene Studien zudem auf die Relevanz ideologischer Prädispositionen, der Informiertheit über Immigration sowie des jeweiligen Kontexts, in welchem die Menschen leben (vgl. Sides und Citrin, 2007).

Zur empirischen Erfassung interessenbasierter Ansätze verwenden wir Informationen bzgl. (1) des Beschäftigungsstatus', (2) der Bewertung der persönlichen finanziellen Situation sowie der Einschätzung der Befragten zum Einfluss von Zuwanderung (3) auf den Arbeitsmarkt bzw. (4) auf die Sozialsysteme. Arbeitslose, finanziell Unzufriedene sowie solche Befragte, die einen negativen Einfluss von Immigration auf den Arbeitsmarkt und die Sozialsysteme befürchten, sollten Immigration eher negativ gegenüberstehen. Sozialpsychologische Ansätze werden auf der Basis von Informationen zur Einschätzung der Befragten bzgl. des Einflusses von Immigration auf die Kriminalitätsrate im Land (Vorurteile und Stereotype) sowie Einstellungen zur nationalen Identität und Homogenität berücksichtigt. Befragte, die (1) einen Anstieg der Kriminalität befürchten, Immigration an die Bedingung knüpfen, dass Zuwanderer (2) die Sprache des Einwanderungslands sprechen und (3) die dortigen Traditionen und Bräuche teilen sowie die Ansicht vertreten, dass (4) Zuwanderung das kulturelle Leben eines Landes schwäche, sollten Immigration eher negativ gegenüberstehen (vgl. Hainmüller

und Hopkins, 2014, S. 235). Den Einfluss ideologischer Prädispositionen überprüfen wir anhand der Selbsteinstufung der Befragten auf der politischen Links-Rechts Skala. Befragte, die sich im rechten politischen Spektrum verorten, sollten Immigration eher negativ gegenüberstehen. Für die Informiertheit über Immigration verwenden wir ein Item zur Einschätzung der Befragten hinsichtlich des Anteils der im Ausland geborenen Bevölkerung. Je stärker Befragte diesen Anteil im Vergleich zum tatsächlichen Anteil überschätzen, desto negativer sollten sie Immigration gegenüberstehen (vgl. Sides und Citrin, 2007, S. 480-1). Als Faktoren des jeweiligen nationalen Kontexts verwenden wir Informationen zum Bruttoinlandsprodukt sowie dem Anteil der im Ausland geborenen Bevölkerung.⁷ In Ländern mit vergleichsweise geringerer wirtschaftlicher Leistungskraft sowie vergleichsweise hohem Anteil im Ausland geborener Bevölkerung sollten die Menschen Immigration eher negativ gegenüberstehen, da hier die mögliche Bedrohung weiterer Zuwanderung sowohl im wirtschaftlichen als auch soziokulturellen Sinne als größer empfunden wird (vgl. Sides und Citrin, 2007, S. 478-81).

Grafik 3 zeigt die Ergebnisse zweier hierarchischer Regressionsmodelle, welche den Einfluss der zuvor diskutierten Faktoren auf die Akzeptanz von Immigration (gemessen anhand des Immigrationsindex) wiedergeben. Diese Art der Modellierung erlaubt die gleichzeitige Untersuchung des Einflusses von Erklärungsfaktoren unterschiedlicher Ebenen, wie sie auch in der vorliegenden Analyse an Hand der individuellen und kontextuellen Faktoren gegeben sind. Sämtliche Ergebnisse beziehen sich auf die siebzehn bisher betrachteten Länder und werden separat für die Jahre 2002 und 2014 ausgewiesen, um so die Effekte der einzelnen Faktoren im Zeitverlauf vergleichen zu können. Alle in den Modellen enthaltenen Variablen wurden auf einen Wertebereich von 0-1 oder 0/1 kodiert, so dass die abgebildeten Koeffizienten für jede Variable den Unterschied in der Akzeptanz von Immigration zwischen Befragten mit dem Minimalwert und dem Maximalwert der jeweiligen Variable angeben.⁸ Zudem wurden alle Variablen in Einklang mit der vorherigen Diskussion so umgepolt, dass höhere Werte mit einer niedrigeren Akzeptanz von Immigration einhergehen sollten. Folglich erwarten wir für alle Variablen negative Koeffizienten.

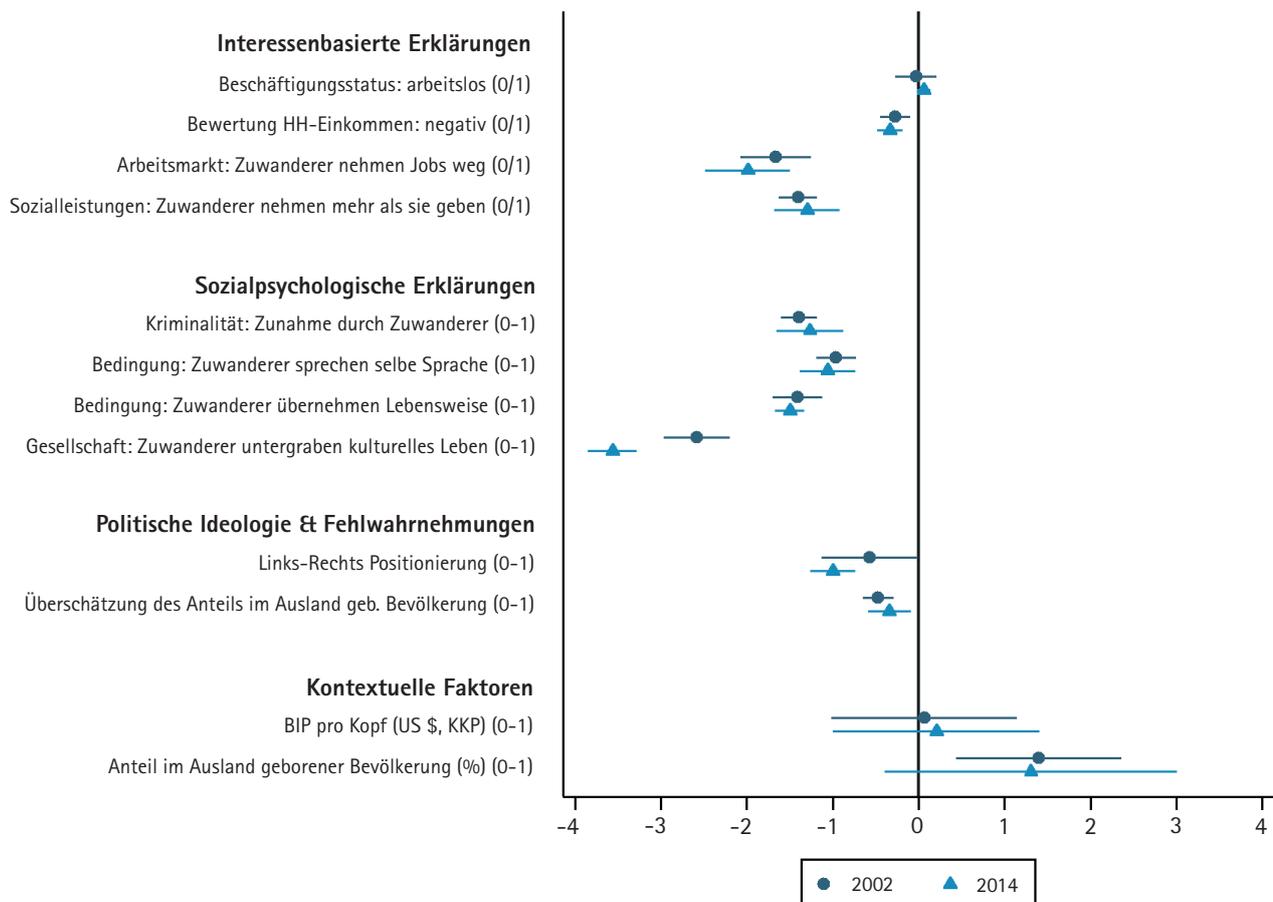
Für die Erklärungsfaktoren der Individualebene zeigen sich mit Ausnahme des Beschäftigungsstatus' wie erwartet durchgehend negative und statistisch signifikante Effekte auf die Akzeptanz von Immigration.

Bei den interessenbasierten Ansätzen zeigen sich die stärksten Effekte für die Einschätzungen bzgl. des Einflusses von Immigration auf den Arbeitsmarkt bzw. die Sozialleistungen. So zeigen z.B. Befragte mit der Ansicht, dass Zuwanderer Jobs wegnehmen, eine um zwei Skaleneinheiten geringere Akzeptanz gegenüber Immigration als Befragte mit der Einschätzung, dass Zuwanderer neue Jobs schaffen (unter Kontrolle der übrigen Modellvariablen). Der Einfluss der Bewertung des eigenen Haushaltseinkommens fällt geringer aus, dennoch weisen Befragte, die nur schwer oder sehr schwer mit ihrem Einkommen zurechtkommen, noch immer eine um einen halben Skaleneinheit geringere Akzeptanz von Immigration auf als Befragte, die mit ihrem Einkommen gut oder sehr gut zurechtkommen. Arbeitslose hingegen unterscheiden sich nicht hinsichtlich ihrer Akzeptanz von Immigration gegenüber der übrigen Bevölkerung. Insgesamt deuten die Befunde der interessenbasierten Ansätze somit auf eine größere Relevanz von gesamtgesellschaftlichen gegenüber persönlichen Erwägungen hin.

Die vier Faktoren der sozialpsychologischen Ansätze zeigen die durchschnittlich stärksten Effekte auf die Akzeptanz von Immigration. Befragte, die als Folge von Zuwanderung eine Erhöhung der Kriminalität erwarten, weisen eine um eineinhalb Skaleneinheiten geringere Akzeptanz von Immigration auf als Befragte, die eine Verringerung der Kriminalität vermuten. Ähnlich starke negative Effekte auf die Akzeptanz von Immigration zeigen sich für Befragte, die es als äußerst wichtige Bedingung für die Zuwanderung erachten, dass Zuwanderer dieselbe Sprache sprechen und sich der Lebensweise des Einwanderungslandes anpassen. Letztlich sticht die Einschätzung zum Einfluss von Immigration auf das kulturelle Leben eines Landes besonders hervor. Befragte mit der Ansicht, dass Zuwanderer das kulturelle Leben untergraben, weisen 2002 eine um zweieinhalb Punkte geringere Akzeptanz von Immigration auf als Befragte, die eine Bereicherung des kulturellen Lebens durch Zuwanderung sehen. 2014 fällt diese Differenz mit fast vier Skaleneinheiten nochmals deutlich höher aus. Im Vergleich mit den Faktoren der interessenbasierten Ansätze stehen demnach eher soziokulturelle als ökonomische Befürchtungen hinter einer Ablehnung von Immigration.

Zuletzt zeigen sich auch für den Einfluss der politischen Ideologie sowie der Fehlwahrnehmungen bzgl. des Anteils der im Ausland geborenen Bevölkerung die erwarteten Effekte, diese fallen jedoch im Vergleich etwas schwächer aus. Befragte, welche sich

Grafik 3 Determinanten der Einstellungen gegenüber Immigration in Europa (Index 0–12)



Koeffizienten eines linearen hierarchischen Regressionsmodells mit 95% Konfidenzintervallen. Sämtliche Berechnungen unter Kontrolle des Alters, des Geschlechts, der Bildungsjahre, des politischen Interesses sowie des Migrationsstatus' der Befragten. Fallzahlen (Individualebene/Länderebene): 22.492/17 (2002) und 23.850/17 (2014). Modellgüte: $R^2=0,41$ (2002) und $R^2=0,47$ (2014). Berechnungen auf Grundlage gewichteter Daten (pspwght und pweight).

Datenbasis: European Social Survey 2002 und 2014.

ganz rechts im politischen Spektrum verorten, zeigen eine um einen Skalenpunkt geringere Akzeptanz von Immigration als jene im äußerst linken Spektrum. Befragte, die den Anteil der im Ausland geborenen Bevölkerung stark überschätzen, weisen eine um fast einen halben Skalenpunkt geringere Akzeptanz von Immigration auf als jene, welche diesen Anteil richtig oder geringer einschätzen.

Betrachtet man abschließend den Einfluss der kontextuellen Faktoren, so zeigt sich, dass die wirtschaftliche Leistungskraft gemessen am BIP pro Kopf weder 2002 noch 2014 einen Einfluss auf die Akzeptanz von Immigration in den siebzehn hier betrachteten Ländern ausübt. Der Anteil der im Ausland geborenen Bevölkerung zeigt nur in 2002 einen signifikanten, und zwar positiven Effekt auf die Akzeptanz von Immigration. Befragte im Land mit dem größten Anteil der im Ausland geborenen Bevölkerung (Schweiz) weisen somit eine um fast eineinhalb Punkte höhere Akzeptanz von Immigration auf als Befragte aus dem Land mit dem geringsten Anteil (Polen). Dieser

Befund entspricht der sog. ‚Kontakthypothese‘, nach welcher vermehrter Kontakt zu Zuwanderern Vorbehalte gegenüber diesen reduziert (vgl. Allport, 1954; Pettigrew und Tropp, 2006).⁹

Zusammenfassend lässt sich für unsere Analysen zu den Ursachen von Akzeptanz und Ablehnung von Immigration folgendes konstatieren: (1) Sowohl interessenbasierte als auch sozialpsychologische Ansätze sind für die Erklärung von Akzeptanz respektive Ablehnung von Immigration relevant. Insgesamt üben die soziokulturellen Erwägungen der sozialpsychologischen Ansätze jedoch einen größeren Einfluss aus als die primär wirtschaftlichen Befürchtungen der interessenbasierten Ansätze. (2) Unter Kontrolle relevanter Individualmerkmale spielen kontextuelle Faktoren nur eine untergeordnete Rolle bei der Erklärung von Unterschieden in den Einstellungen gegenüber Immigration. (3) Im Zeitvergleich für die Jahre 2002 und 2014 sind die Effekte der hier betrachteten Erklärungsfaktoren überwiegend konstant. Lediglich Befürchtungen hinsichtlich des Einflusses von Immigration

auf das kulturelle Leben des Einwanderungslandes gewinnen im Zeitverlauf an Stärke. Dieser Befund sollte nicht überinterpretiert werden, könnte aber in Zeiten zunehmender Zuwanderung darauf hindeuten, dass Teile der Bevölkerungen in den Ländern Europas der Bewahrung der nationalen Identität eine zunehmende Relevanz einräumen.

Fazit

Ziel dieses Beitrags war es, ein aktualisiertes Bild der in den europäischen Bevölkerungen vorhandenen Einstellungen gegenüber Immigration zu Beginn der „Flüchtlingskrise“ im Jahr 2015 zu liefern. Die Ergebnisse zeigen, dass von einem immigrationsfeindlichen Klima innerhalb der europäischen Bevölkerungen zu Beginn der Flüchtlingskrise keinesfalls gesprochen werden kann. Im Zeitvergleich zwischen 2002 und 2014 zeigt sich für etwa ein Drittel der betrachteten Länder sogar ein Anstieg in den durchschnittlichen Akzeptanzniveaus von Immigration, wohingegen nennenswerte immigrations skeptische

Entwicklungen nur für Ungarn ersichtlich sind. Gleichzeitig zeigen sich innerhalb der europäischen Bevölkerungen leichte Polarisierungstendenzen hinsichtlich der Zuwanderung aus ärmeren Ländern. Sollten sich diese fortführen, verbirgt sich hier ein gewisses Konfliktpotenzial für den innergesellschaftlichen Zusammenhalt in den Ländern Europas. Hinsichtlich der Ursachen für Akzeptanz respektive Ablehnung von Immigration sind die Ergebnisse im Vergleich der Jahre 2002 und 2014 überwiegend konstant. Lediglich die Einschätzungen zum Einfluss von Zuwanderung auf das kulturelle Leben gewinnen im Zeitverlauf an Relevanz und deuten darauf hin, dass Teile der europäischen Bevölkerungen eine zunehmende Bedrohung ihrer nationalen Identität und Lebensweise wahrnehmen. Insgesamt weisen die in diesem Beitrag präsentierten Befunde hinsichtlich der Akzeptanz von Immigration jedoch darauf hin, dass zumindest zu Beginn der „Flüchtlingskrise“ im Jahr 2015 in Deutschland und anderen europäischen Ländern das Potenzial vorhanden war, um das Merkelsche Diktum „Wir schaffen das!“ zu rechtfertigen. Inwiefern sich dieses Potenzial im Verlauf der späteren Flüchtlingsdebatte verändert oder gar erschöpft hat, werden zukünftige Analysen zeigen.

Literatur

- Allport, G. W. (1954). *The Nature of Prejudice*. Addison-Wesley, Cambridge.
- Davidov, E., Cieciuch, J., Meuleman, B., Schmidt, P., Algesheimer, R., & Hausherr, M. (2015). The Comparability of Measurements of Attitudes Toward Immigration in the European Social Survey: Exact versus Approximate Measurement Equivalence. *Public Opinion Quarterly*, 79, 244-66.
- Hainmüller, J. & Hopkins, D. J. (2014). Public Attitudes Toward Immigration. *Annual Review of Political Science*, 17, 225-49.
- Pettigrew, T. F. & Tropp, L. R. (2006). A Meta-Analytic Test of Intergroup Contact Theory. *Journal of Personality and Social Psychology*, 90, 751-83.
- Schnaudt, Ch., Weinhardt, M., Fitzgerald, R., & Liebig, S. (2014). The European Social Survey: Contents, Design, and Research Potential. *Schmollers Jahrbuch*, 134, 487-506.
- Sides, J. & Citrin, J. (2007). European Opinion about Immigration: The Role of Identities, Interests and Information. *British Journal of Political Science*, 37, 477-504.
- 1 <http://www.europeansocialsurvey.org/data/themes.html?t=immigration> [zuletzt abgerufen am 12.01.2017]
 - 2 Für die siebte Welle des ESS fand die Datenerhebung in den meisten Ländern zwischen September 2014 und Februar 2015 statt. Die achte Welle wird im Herbst und Winter 2016/17 erhoben und einen Vergleich der Einstellungen vor und nach dem Höhepunkt der „Flüchtlingskrise“ im Sommer 2015 ermöglichen.
 - 3 Für einen sinnvollen Zeitvergleich beziehen wir in unsere Analysen lediglich Befragte aus jenen Ländern ein, die sowohl 2002 als auch 2014 am ESS teilgenommen haben. Sofern keine separaten Ergebnisse für einzelne Länder dargestellt sind, beziehen sich die Befunde auf folgende Länder: Österreich (AT), Belgien (BE), Schweiz (CH), Dänemark (DK), Deutschland (DE), Spanien (ES), Finnland (FI), Frankreich (FR), Großbritannien (GB), Ungarn (HU), Irland (IE), Niederlande (NL), Norwegen (NO), Polen (PL), Portugal (PT), Slowenien (SI), Schweden (SE).
 - 4 Dies entspricht der deutschen Umschreibung der im englischsprachigen Originalfragebogen verwendeten Kategorie „race“.
 - 5 Gefragt wird also nach Immigration insgesamt und nicht ausschließlich nach Flüchtlingen.
 - 6 Die Ergebnisse der Faktorenanalyse werden an dieser Stelle nicht separat ausgewiesen, sind aber auf Anfrage von den Autoren erhältlich. Für die Bildung des additiven Indexes wurden alle vier Items umgepolt und auf einen Wertebereich von 0-3 rekodiert, so dass höhere Werte einer höheren Akzeptanz von Immigration entsprechen. Die vier Items wurden dann addiert, so dass der finale Index einen Wertebereich von 0-12 aufweist. Die Reliabilität des Indexes liegt im gepoolten Sample bei 0,92 (Cronbachs Alpha) und in den einzelnen Ländern und Jahren bei mindestens 0,83.
 - 7 Die Informationen zum Bruttoinlandsprodukt pro Kopf stammen für 2002 und 2014 von der OECD (https://stats.oecd.org/Index.aspx?DataSetCode=PDB_LV). Die Informationen zum Anteil der im Ausland geborenen Bevölkerung stammen für 2002 von der OECD (<https://data.oecd.org/migration/foreign-born-population.htm>) und für 2014 von Eurostat (<http://ec.europa.eu/eurostat/web/population-demography-migration-projections/population-data/main-tables>). Alle Quellen zuletzt abgerufen am 12.01.2017.
 - 8 Aus Platzgründen wird an dieser Stelle auf eine detaillierte Diskussion der konkret verwendeten Variablen verzichtet. Diese Information ist jedoch auf Anfrage von den Autoren erhältlich.
 - 9 In Anbetracht der geringen Fallzahl von nur 17 Ländern auf der zweiten Analyseebene sowie der Sonderstellung der Schweiz im Hinblick auf den prozentualen Anteil der im Ausland geborenen Bevölkerung (in 2002 22,4% im Vergleich zu durchschnittlich 8,3% für übrigen sechzehn Länder) möchten wir mögliche Interpretationen dieses Befunds an dieser Stelle nicht überstrapazieren.

Christian Schnaudt
MZES Universität Mannheim &
Universität Bielefeld
Tel.: 0621 / 18 12 854
schnaudt@uni-mannheim.de

Michael Weinhardt
Universität Bielefeld
Tel.: 0521 / 10 64 445
michael.weinhardt@uni-bielefeld.de

12th Conference
„Social Monitoring and Reporting in Europe“

Resilience: An Asset in Difficult Times?

Villa Vigoni, Menaggio, 23.-25. Oktober, 2017

Call for Papers

The 2017 „Social Monitoring and Reporting in Europe“ – conference will have a focus on the concept of „resilience“ and its measurement in terms of indicators and/or survey instruments. In a most general sense, resilience – as the antonym to vulnerability – may be defined as the ability to cope with critical states and forces like shocks, conflicts and stress, challenging the stability of systems such as communities, cities and societies, or – at the micro level – eventually also individuals and households. As a quality of such systems resilience may e.g. help to absorb shocks and to recover, to adapt to change or even to facilitate transformations of a system to a new equilibrium state. From such a point of view, resilience may thus be considered a desirable quality, particularly in time periods characterised by rapid and far reaching change, serious risks and threats of different sorts as well as conflicts and instabilities.

The concept of resilience has seen a remarkable boost and gained striking prominence in recent years. While as a psychological concept resilience has been introduced as early as in the 1950s, it has been discussed only recently as a concept applicable at the macro level of societies or economies, first as a capacity to deal with natural disasters, but subsequently also as a more general ability to cope with other sorts of critical states and events as well. Obviously the global economic crisis, which hit numerous European societies as well, triggered a debate about the structural and institutional features allowing some societies better than others to absorb shocks and to overcome difficulties such as those connected to economic or other sorts of crises. Unsurprisingly, the rather new research on the attributes making systems such as societies more or less resilient is not only interesting from an academic point of view, but attracts also the attention of policy makers. However, on the other hand, the concept still has its weaknesses and raises a whole range of questions and many of them – as for example how to operationalize and quantify resilience – have not yet been answered satisfyingly.

The conference will provide an opportunity to thoroughly discuss issues and questions around this rather new concept of resilience. We invite papers offering conceptual and empirical insights as well as discussing measurement issues, addressing e.g. one or several of the following questions:

- What are the most relevant dimensions of resilience?
- What are features making societies (or other systems) more or less resilient and able to cope with critical states and challenging forces / events?
- How to measure and monitor resilience by macro indicators and survey questions?
- How to measure degrees of stability/instability or vulnerability of societies?
- Can resilience have negative implications as well, e.g. constrain development and progress?
- In which ways can resilience be supported and enhanced via policy making?

Following the social monitoring and reporting perspective, we would like to have a focus at the societal level, however, papers addressing resilience issues at other levels, e.g. regional, city or household levels, will be welcomed as well.

While the conference will be focused mainly on „resilience“, as always, at least one session will be allocated to discuss „recent developments in European social monitoring and reporting“.

Please submit your abstract (no more than 300 words) to Dr. Heinz-Herbert Noll (hh.noll@t-online.de) and in CC to Franziska Ehrler (Franziska.Ehrler@fors.unil.ch).

The deadline for submissions is May 15, 2017.

Herausgeber

GESIS –
Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften
Abt. Dauerbeobachtung der Gesellschaft
Postfach 12 21 55
D-68072 Mannheim

Redaktion

Dr. Stefan Weick

Telefon 0621 / 12 46-0
www.gesis.org/isi

Gestaltung

Bettina Zacharias

GESIS ist Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

ISSN 2199-9082
